

Die Bergbau-Industrie

Fachorgan der Bergarbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW 61, Kabanstr. 178. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf., Placatvorstellungen ausgeschlossen. • Postk.-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bittoriastr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Überband Bochum.

Erklärung.

Der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront, Pg. M u c h o w, gibt hiermit folgendes bekannt:

Durch die Gleichschaltungsaktion im Reich und die damit verbundenen weiteren Aktionen ist im Moment vom Organisationsamt als Hauptaufgabe die Gleichschaltung der Arbeiterverbände vorgenommen worden. Im Anschluß an die großen und größten Verbände findet eine organische Eingliederung kleinerer Verbände statt. Ich bin deshalb gezwungen, die Vorstände von Verbänden und Bündeln zu bitten, von persönlichen Besuchen sowie Ueberfendung schriftlicher Erklärungen Abstand zu nehmen.

Nachdem die Gleichschaltung bei den großen Verbänden durchgeführt ist, folgen automatisch, wie oben schon erwähnt, die kleinen Verbände, welche alsdann von mir besondere Auforderung erhalten. Heil Hitler!

M u c h o w, Stellv. NSD.-Leiter der BO. der NSDAP.

Wir dulden keine Uebergriffe der Arbeitgeber!

Anordnung.
Aus verschiedenen an mich gerichteten Eingaben habe ich feststellen müssen, daß einzelne Arbeitgeber auf Parteigenossen oder NSD.-Mitglieder eingewirkt haben, um sie zum Austritt aus ihren Organisationen und zum Eintritt in einen anderen Verband, insbesondere in den Stahlhelm, zu veranlassen.

In einzelnen Fällen ist den Arbeitern, die sich geweigert haben, die nationalsozialistischen Organisationen zu verlassen, seitens des Arbeitgebers gekündigt worden. Ich habe diese Fälle zur Untersuchung den gewerkschaftlichen Verbänden bzw. den Ortsgruppenführern der NSD. zugeleitet und erfuhr, diese Fälle genauestens zu prüfen und mir eingehenden Bericht zu erstatten, wenn die Beschwerden zu Recht bestehen.

Es ist unsere Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Parteigenossen und NSD.-Mitglieder wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung keinen wirtschaftlichen Schaden erleiden, und es ist unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß aus den genannten Gründen ausgesprochene Kündigungen rückgängig gemacht werden.

S c h u h m a n n, MdR.

Was wird aus den Gewerkschaftsblättern?

Wann erfolgt eine Zusammenlegung?

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda hat nachstehende Pressepolitik veröffentlicht:

„Im Zug der Neuordnung und Gleichschaltung sind von einzelnen Fachverbänden Bestrebungen eingeleitet worden, an die Stelle mehrerer Fachzeitschriften ein einziges Fachorgan, eventuell auch durch Zwangsabonnement, einzurichten.“

Mit Rücksicht auf die hohen ideellen und materiellen Werte, die auf dem Spiele stehen, und mit Rücksicht darauf, daß eine solche Frage nicht im Handumdrehen zu regeln ist, erlucht das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda alle in Betracht kommenden Stellen, solche Bestrebungen einzustellen.

Das Ministerium hat selbst Schritte unternommen, um zusammen mit den Fachverbänden und den sonstigen zuständigen Stellen den Erfordernissen der neuen Zeit Rechnung zu tragen.“

Nach Rücksprache mit den zuständigen Herren des Propagandaministeriums habe ich im Einvernehmen mit diesen folgendes hierzu zu ergänzen:

In allen Veröffentlichungen seit dem 2. Mai, die in bezug auf die Gewerkschaftspresse herauskamen, wurde betont, daß die Gewerkschaftsblätter in der alten Form weiterzuführen sind — natürlich unter unserer Leitung. Zusammenlegungen der Verbandsblätter im Rahmen der Zusammenfassung der Verbände in große Berufsgruppen können nur auf Anordnung und im Einvernehmen mit dem Presseamt der Deutschen Arbeitsfront erfolgen. Kulturelle Werte sind bei diesen meist nur vier- oder sechsseitigen Mitteilungsblättern kaum vorhanden. Anders liegt die Sache bei den reinen Fachblättern, die lediglich der beruflichen und handwerklichen Fortbildung dienen (z. B. „Fachblatt für Maler“ oder „Das Bauwerk“). Die Leitung des Presseamtes der Deutschen Arbeitsfront geht voll und ganz mit dem Reichspropagandaministerium einig, daß hier eine öde Gleichmacherei unschätzbare Werte zerstören würde.

Ich erlaube deshalb, die Anweisung des Propagandaministeriums zu beachten, und untersage nochmals jedes selbständige Vorgehen auf diesem Gebiete. Zusammenlegungen der Verbandsmitteilungsblätter erfolgen, wie es der organisatorische Aufbau der Deutschen Arbeitsfront nötig macht, nur von Fall zu Fall durch das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront oder durch dessen Beauftragte. Hierbei werden in erster Linie bei Vergebung der Druckaufträge die verbandseigenen Druckereien berücksichtigt.

B i a l l a s

Leiter des Presseamtes der Deutschen Arbeitsfront.

ischen Automobilstraßennetzes. Die dem Gedanken liegenden folgende weitwichtige wirtschaftliche Ueberlegungen zugrunde:

Das Automobil hat sich in den letzten Jahrzehnten die Welt erobert und ist ein wirtschaftlicher Faktor allerersten Ranges geworden. Die Frage der für das Automobil zur rationalen Fortbewegung geeigneten Straßen ist jedoch bisher dilatorisch behandelt worden und hat in keiner Weise irgendeine der Bedeutung dieses Verkehrsmittels angemessene Lösung gefunden. Das Automobil bewegt sich noch heute in Deutschland zum überwiegenden Teil auf Straßen, die ursprünglich nur für die Bedürfnisse des Pferdewerkeverkehrs bestimmt waren und als Notbehelf nur stückweise den Erfordernissen des Kraftverkehrs nachträglich angepaßt wurden.

Der Unterbau unseres heutigen Straßensystems widerspricht völlig den Anforderungen des neuzeitlichen Automobilverkehrs und macht einerseits ständig unrationelle und wirtschaftlich belastende Straßenausbesserungen erforderlich, andererseits hemmt er die Entwicklung und die Ausnützung des Automobilverkehrs der deutschen Verkehrswirtschaft aufs schwerste.

Ein großes, modernes Automobilstraßennetz, das zum Automobil gehört wie der Schienenweg zur Eisenbahn, wird dem Kraftverkehr nicht nur ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten erschließen, sondern es wird auch der Verkehrsentwicklung in Deutschland neue Gebiete eröffnen und damit die Grundlage werden für eine neue Epoche wirtschaftlicher Betätigungsmöglichkeit. Die organische Einschaltung der Reichsbahn in die Kraftverkehrswirtschaft ist sowohl im Hinblick auf die Notwendigkeit der rationalen Ausnützung unserer gesamten deutschen Verkehrsmittel wie auch mit Rücksicht auf die Finanzierungsfrage wünschenswert und erforderlich. Die deutsche Reichsbahn wird an diesem gewaltigen Straßenausbauprojekt daher maßgeblich beteiligt sein. Auf die Förderung der deutschen Automobilindustrie, der dadurch große rationale Produktionsmöglichkeiten erschlossen werden, sowie der deutschen Brennstoffwirtschaft sei nur nebenbei hingewiesen.

Die Größe des Projektes, das 5000 Kilometer Straßenausbau umfassen und unter der Patenschaft der Reichsregierung stehen wird, bietet die Gewähr einer ganz bedeutenden Einschaltung brachliegender deutscher Arbeitskräfte und wird darüber hinaus ein Kulturwerk von historischer Bedeutung sein.

Der dritte große Gedanke Adolf Hitlers bezieht sich auf einen umfassenden Produktionsanreiz für die deutsche Privatwirtschaft, in der Adolf Hitler den wesentlichen Träger der wirtschaftlichen Belebung überhaupt sieht.

Steuerverfreiheit für Mehrproduktion und Mehrbeschäftigung als bisher ist die Idee, von der der Führer dabei ausgeht. Es ist in Erwägung gezogen worden, von einem gewissen Zeitpunkt ab eine Befreiung von allen Steuern und Lasten zu gewähren, die in den einzelnen Betrieben durch Vermehrung der Produktion, der Produktionsanlagen usw. anfallen würden.

Mit dieser Maßnahme wird der deutschen Wirtschaft in großzügiger Weise der Weg zu hoffnungsvoller Zukunftsentwicklung vom Staate freigemacht werden.

Diese Ideen Adolf Hitlers haben das Problem der Arbeitsbeschaffung in ein neues fruchtbares Stadium gerückt. Mit schöpferischer Kraft sind hier Maßnahmen erdacht worden, deren Durchführung nicht nur eine gewaltige Belebung unseres gesamten Wirtschaftslebens zur Folge haben und der Arbeitslosigkeit energisch zu Leibe gehen wird, sondern die darüber hinaus die deutsche Volkswirtschaft in ganz neue Bahnen lenken und große Entwicklungsmöglichkeiten erschließen werden.

Die Deutsche Arbeitsfront

Der Kleine Arbeitskonvent legt sich nunmehr aus folgenden Parteigenossen zusammen:

1. Leiter der Deutschen Arbeitsfront: Dr. Leh., MdR.;
2. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter: Schumann, MdR.;
3. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten: Förster, MdR.;
4. Leiter des Führeramtes: Schmeer, MdR.;
5. Leiter des Amtes für soziale Fragen: Stöhr, MdR.;
6. Leiter des Organisationsamtes: M u c h o w.
7. Leiter des Presseamtes: B i a l l a s.
8. Leiter des Tarifamtes: Peppier.
9. Leiter des Schulungsamtes: Gohdes, MdR.;
10. Leiter des Jugendamtes: Ditto.
11. Leiter der Rechtsabteilung: Schwarz.
12. Leiter des Amtes für berufsständischen Aufbau: Dr. Frauchenhofer.
13. Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten: Müller.
14. Schatzmeister: Brindmann.

Adolf Hitlers große Arbeitsbeschaffungspläne.

Im Vordergrund der staatsmännischen Arbeit der Regierung Hitler standen bisher die Fragen und Aufgaben, die sich aus dem politischen Aufbau des neuen Staates ergaben. Es galt, zunächst das deutsche Volk und seinen inneren Aufbau neu zu gestalten, an die Stelle innerpolitischer Zerrissenheit die organische Zusammenarbeit der Stämme und Stände zu setzen. Dieses große Werk, auf das die Arbeit der Regierung in den ersten Monaten ihres staatlichen Wirkens sich konzentrieren mußte, ist heute im großen Rahmen eingeleitet und gelungen: Das deutsche Volk hat im Sturm der nationalen Erhebung durch die zielbewusste staatsmännische Leistung Adolf Hitlers wieder eine innere Geschlossenheit erhalten, auf der Jahrhunderte deutscher Geschichte aufbauen werden.

Mit diesem Werke sind auch die politischen Grundvoraussetzungen für die großen und fundamentalen wirtschaftlichen Aufgaben geschaffen worden, die dem neuen Deutschland gestellt sind und in deren Vordergrund die entscheidende Frage der Arbeitsbeschaffung steht.

Konnte bisher die Reichsregierung — in Verfolg ihres bedeutsamen innenpolitischen Wirkens — sich nur mit Einzelmaßnahmen, die freilich nützlich und wesentlich waren, auf wirtschaftlichem Gebiete betätigen, so hat nunmehr Reichskanzler Adolf Hitler über das vom Reichskabinett am 31. Mai beschlossene Gesetz zur Milderung der Arbeitslosigkeit hinaus auch hier mit schöpferischer Initiative eingegriffen und neue fruchtbare Gedanken in die wirtschaftspolitische Debatte geworfen, die dem neuen Deutschland auch in dieser Hinsicht ein neues Gesicht geben werden.

Die Grundauffassung, von der aus Adolf Hitler an eine großzügige Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems herangeht, kann man dahin umreißen, daß eine Wirtschaftsgesundung, die Millionen Arbeitsloser wieder in den Wirtschaftsprozeß eingliedert, selbstverständlich auf die Dauer nur durch die deutsche Privatwirtschaft herbeigeführt werden kann. Die wichtige Aufgabe jedoch, die dem Staate in diesem Augenblick zufällt, besteht darin, unser darniederliegendes Wirtschaftsleben, das aus eigener

Kraft den Anlauf zu neuer belebender Entwicklung nicht finden kann, einen Antrieb und Auftrieb zu geben und durch großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Initiative und dem Entwicklungsgeist der Privatwirtschaft neue Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend hat Adolf Hitler drei große Projekte angeregt, die in ihren Grundzügen sowohl bei der Regierung wie bei der Privatwirtschaft als geeignete Maßnahmen zu einer wirklich großzügigen Arbeitsbeschaffung begrüßt wurden und deren Ausarbeitung und Inangriffnahme bevorsteht.

Das erste Projekt hat — in kurzen Worten — die Wiederherstellung des deutschen Hausbesitzes durch ein umfassendes Hausreparatur- und Bauprogramm zum Ziel. Es ist in Aussicht genommen, die Hauszinssteuer in Zukunft dem Hausbesitz insoweit zu erlassen, als er unverzüglich notwendig geworden und zurückgestellte Hausreparaturen im Werte eines Mehrfachen des erlassenen Hauszinssteuerbetrages in Auftrag gibt.

Die große wirtschaftliche Bedeutung einer solchen Maßnahme, die die gesamte Bauwirtschaft anregen wird, braucht nicht unterstrichen zu werden. Da die Bauindustrie eine der wichtigsten Schlüsselindustrien unserer Wirtschaft ist, wird eine unmittelbare Belebung einer großen Anzahl von Wirtschaftszweigen ebenso die Folge sein, wie eine grundlegende Gesundung der gesamten deutschen Grundstücks- und Wohnungswirtschaft durch diese Maßnahme herbeigeführt werden wird.

Auch die Frage der Finanzierung der Hausreparaturen durch vorgesehene staatliche Erleichterungsmaßnahmen wird bei diesem Projekt eine wesentliche Rolle spielen. Der Staat wird hier geeignete Finanzierungsmöglichkeiten erschließen, die ihre wirtschaftliche Basis in der Wertsteigerung und größeren Nutzbarkeit des Haus- und Grundbesitzes haben.

Die zweite großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahme Adolf Hitlers ist der Gedanke des Baues eines umfassenden deut-

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im neuen Staat.

Die Deutsche Arbeitsfront ist eine Schöpfung von so ungewöhnlichem Ausmaß, daß es begreiflich ist, wenn Menschen, die nun vielleicht seit Jahrzehnten oder seit kürzerer Zeit gewohntheitsmäßig die „Tarifverhandlungen“ als die einzige Gewähr für die Sicherung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrachtet haben, all dem Neuen, dem sie nun gegenüberstehen, noch nicht das notwendige Verständnis entgegenbringen können. Um so begreiflicher ist es, als ja diesen Volksgenossen über ein Jahrzehnt lang eingepaukt worden ist, daß die Nationalsozialisten, einmal an die Macht gelangt, die Gewerkschaften zertümmern und damit jede tarifliche Festlegung ihrer berechtigten Ansprüche unmöglich machen werden.

Diese Zweifel sind nun wohl restlos behoben. Am 18. Mai, also noch nicht eine volle Woche nach der Gründung der Deutschen Arbeitsfront, ist der erste Baustein zum Fundament gelegt worden, auf dem künftig die Regelung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft erfolgen wird.

Etwas für Menschen, die die nationalsozialistische Willenskraft noch nicht voll verstehen, Unfassbares ist geschahen. Die Führer der Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront haben einfach angeordnet, daß innerhalb zweier Monate jede Tarifverhandlung zu unterbleiben hat. Damit ist selbstverständlich auch gesagt, daß kein Lohn- oder Gehaltsabbau eintreten darf.

Man braucht nur einen Blick in die nächste Vergangenheit zurückzuwerfen, um zu erkennen, mit welcher Wucht die Umwälzung aller Begriffe in dieser Hinsicht vor sich geht. Im Frühjahr 1930 war es, als von den Nazis jene Periode eingeleitet wurde, die den unaufhaltsamen Abbruch der Löhne und Gehälter brachte. Karl Severing und Prof. Singheimer aus Frankfurt haben damals für die Eisen- bzw. Bergbauindustrie als Schlichter den verheerenden Einkommensabbau, die rückläufige Bewegung der Kaufkraft und damit die automatische Steigerung der Arbeitslosigkeit sanktioniert.

Der Wirtschaft hat es nicht geholfen, die Arbeitnehmer sind immer mehr verelendet — es war der schlimmste Verrat, den jemals marxistische Gewerkschaftsführer an den Interessen des arbeitenden Volkes verübt haben.

Welch ein Unterschied! Die Nazis — diese patentierten Vertreter der Volksnot — bauen Löhne und Gehälter ab! Die nationalsozialistische Revolution muß sich in die Speicher werfen, um das abwärtsrollende Lohnrad zum Stillstand zu bringen. Aber dieser „Waffenstillstand“, den die Führer von Wirtschaft und Arbeitsfront dekretiert haben, ist nur ein Anfang für die Gestaltung des gesamten Tarifwesens.

Die Arbeiter und Angestellten werden sich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß das ganze bisherige Lohn-

vertrags- und Arbeitsvertragsystem restlos verschwinden wird.

Dieses System, das aufgebaut war auf der Klassenkampfpflichte eines Karl Marx einerseits und auf der Sturheit und Raffsucht eines liberalistischen Unternehmertums andererseits, hat keinen Platz im nationalsozialistischen Staat.

Die Höhe oder Tiefe des Einkommens wird in Zukunft nicht mehr davon abhängen, ob es der Geschicklichkeit eines Gewerkschaftsführers oder Unternehmersyndikus gut oder schlecht gelungen ist, die Angehörigen eines Berufes in Vereinigungen zusammenzubringen und dann je nach der Organisationsstärke den Gegner im Tarifvertrag zu knebeln und gute oder schlechte Löhne festzusetzen.

So wie sich dieser Tage die Pgg. Dr. Wagener und Dr. Ley als die Kontrahenten der Wirtschaft und der Arbeit zusammengesetzt haben, um zum Wohl der Wirtschaft und ihrer Mitarbeiter im nationalsozialistischen Sinne das einigende Band eines wirtschaftlichen Friedens zu knüpfen, so werden künftighin nach genau festgelegten Richtlinien die Führer der einzelnen Berufsstände — auf der einen Seite der Wirtschaftsführer, auf der anderen Seite der Arbeitsführer — die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Einkommens festlegen.

Wir werden wohl einen Mindestlohn für die Leistungsfähigsten haben, der aber nicht wie bisher den Höchstlohn für den Tüchtigsten darstellt.

Unser Vertragsystem wird vielmehr auf dem Leistungsgebot aufgebaut sein, das dem Tüchtigsten alle Möglichkeiten schafft, sich Besitz zu erwerben.

Nicht der wird künftig Bestverdiener sein, der die meisten Hohenböden durchgeweht hat, sondern der die besten Arbeitsleistungen vollbringt.

Im nationalsozialistischen Tarifsystem wird dem Schutz und der Erhaltung der Arbeitskraft und Konsequenterweise die dem jeweiligen Wirtschaftsstande angemessene Festigung und Sicherstellung der Kaufkraft die größte Aufmerksamkeit geschenkt sein.

Unser Tarifsystem wird aber auch berücksichtigen, daß die schönsten Tarife für die Arbeitsleistung nichts helfen, wenn über ein Drittel der deutschen Arbeitnehmer erwerbslos ist. Es wird der Wirtschaft ermöglichen, wieder mehr Leute einzustellen und die Allgemeinheit fortschreitend zu lindern.

Schon die nächsten Monate werden zeigen, wie richtig es ist, in allem, was das Volk betrifft, dem nationalsozialistischen Grundgesetz zu huldigen, der da lautet:

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“

Entlassungen deutscher Bergarbeiter und Beamten im Saargebiet.

Die NSD. soll verboten werden.

Nach zuverlässigen Meldungen aus dem Saargebiet wird in steigender Anzahl deutsche Bergarbeiter aus den im Saargebiet liegenden Kohlengruben entlassen. Es sind jetzt 250 Arbeiter, die monatlich im Saargebiet arbeitslos werden. Die Entlassungen, die angeblich wegen Personalabbau erfolgen, geschehen aber einzig und allein unter dem Gesichtspunkte, die im Saargebiet befindlichen Deutschen bis zur Volksabstimmung nach und nach zu vertreiben. Es handelt sich hier offensichtlich um eine emsige Tätigkeit überfrühter Franzosenfreunde, die ihre Stellungen und ihre Macht zu derartigen Maßnahmen mißbrauchen.

Bezeichnend dafür ist, wie völlig verschiedenartig die einzelnen Gewerkschaften im Saargebiet behandelt werden. Die freien Gewerkschaften wird in jeder Weise ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt. Gegen die christlichen Gewerkschaften werden des öfteren schon Maßnahmen unternommen, wenn sie sich den Franzosenfreunden nicht willfährig zeigen. Gegen die NSD. betreibt man ein regelrechtes Kesseltreiben; sie steht im Saargebiet kurz vor ihrem Verbot.

Die saarländische Regierung ist ebenfalls bestrebt, aus der Beamtenchaft die Deutschen auszumerzen. So rechnet man bereits in aller Kürze mit der Entfernung des deutschen Polizeidirektors in Saarbrücken.

Die chauvinistische Internationale hegt weiter.

Boykottaktion der Gewerkschaftsinternationale gegen deutsche Waren.

Scharfe Ablehnung in den Niederlanden.

Nach niederländischen Blättermeldungen hat der Generaterrat der englischen Gewerkschaften beschlossen, die Gewerkschaftsorganisationen sämtlicher Länder aufzufordern, sich an der von ihnen eingeleiteten Boykottaktion gegen deutsche Waren als Protest gegen das Hitler-Regime im Reich zu beteiligen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung umfaßt ungefähr 36 Millionen Mitglieder. Die niederländische Presse wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die antisemitische Boykottmaßnahmen. Der „Maasbood“ schreibt:

„Wenn die englischen Gewerkschaften sich einbilden, daß ein solcher Boykott, so schädlich er sich auch auf den deutschen Außenhandel auswirken möge, Hitler abhalten würde, auf seinen Kampf gegen den Internationalismus zu verzichten, so irren sie. Für so leicht halten wir Hitler nicht. Es erhebt sich jetzt die Frage, welchen Zweck eine solche Schädigung des deutschen Handels hat, wenn das Ziel einer derartigen Boykottmaßnahme doch nicht erreicht wird. Der internationale Chauvinismus des Generaterrats der britischen Gewerkschaften bildet eine Weltgefahr insofern, als er zu einer weiteren Verwirrung der internationalen Handelsbeziehungen führt.“

Deutschlands Vertretung auf der Internationalen Arbeitskonferenz.

Am 8. Juni 1933 begann die 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Angesichts der umfangreichen Tagesordnung ist die deutsche amtliche Vertretung verhältnismäßig groß. Die Führung der deutschen Regierungsv Vertretung liegt bei dem Stellvertreter des Staatssekretärs im Reichsarbeitsministerium, Ministerialdirektor Dr. Engel, der von seinem persönlichen Referenten, Regierungsrat Dr. Weber, begleitet wird. Für die Frage der Arbeitslosenversicherung wird Ministerialrat Dr. Beisiegel, für die Invalidenversicherung Ministerialrat Dr. Wohlgemut und für die Arbeitszeitfragen Ministerialrat Reichel die Regierung vertreten. In Sonderfragen der Arbeitszeit der Maschinen ist Oberregierungsrat Schmitt und für die Sonderkonferenz über die Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ist Ministerialrat Dr. Wende der Sprecher der Regierung. Die Arbeitsgeber werden nach wie vor von Kommerzienrat Bogel (Chemie) vertreten sein, in dessen Begleitung sich Herr Krüger von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände befindet. Die Vertretung der deutschen Arbeitnehmer liegt beim Präsidenten des Preussischen Staatsrats und Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, der begleitet wird von dem früheren deutschen Vertreter im Verwaltungsrat im I.M., Leuschner, dem Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiterverbände, Schumann, und dem Mitglied des Kleinen Arbeitskonvents, Schmeck.

Lohnschutz für Heimarbeiter und tariftreue Arbeitgeber.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat ein Gesetz über Lohnschutz in der Heimarbeit beschlossen, das dazu helfen soll, den Druck der Krise, unter dem die Heimarbeiter besonders schwer leiden, zu mildern. Vor allem haben sich infolge der Krise zwei Mißstände herausgebildet: durch stoßweise Häufung von Aufträgen wird ein Teil der Heimarbeiter zu übermäßig langen Arbeitszeiten gezwungen, während andere Heimarbeiter die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung stark belasten. Die in dem Gesetz getroffenen Änderungen des jetzt geltenden Hausarbeitsgesetzes haben den Zweck, durch eine bessere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge möglichst vielen Heimarbeitern Arbeit zu verschaffen und sie dadurch vor Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Ein zweiter Mißstand lag darin, daß es infolge der wirtschaftlichen Not immer schwerer wurde, die tariflich vereinbarten oder durch die Fachverbände für Hausarbeit festgesetzten Mindestentgelte aufrechtzuerhalten. Dadurch ist an vielen Stellen des Reiches ein unlauterer Wettbewerb entstanden, unter dem nicht nur die Heimarbeiter, sondern auch die tariftreuen Arbeitgeber leiden. Das neue Gesetz gibt wirksame Handhaben, durch ein beschleunigtes und verschärftes Bußverfahren die unlauteren Wettbewerber zu bestrafen und den Heimarbeitern zu dem ihnen zustehenden Tariflohn zu verhelfen.

Die Stiftung für Opfer der Arbeit.

Bereits drei Millionen Mark gesammelt!

Am 27. Mai fand die konstituierende Sitzung der durch den Aufruf des Reichskanzlers Adolf Hitler ins Leben gerufenen „Stiftung für Opfer der Arbeit“ im Reichsministerium für Volksausklärung und Propaganda statt. Der Abteilungsleiter Wilhelm Haeger begrüßte die anwesenden Mitglieder des Ehrenausschusses: Walter Schuhmann, MdA.; Fritz Thyssen; Dr. Emil von Stauff. Zum Vorsitzenden des Ehrenausschusses wurde Walter Schuhmann gewählt und zum ehrenamtlichen Geschäftsführer Oberregierungsrat Dr. Ziegler vom Propagandaministerium bestimmt. Aus dem Bericht des Geschäftsführers ergab sich, daß der Eingang der Spenden außerordentlich reger ist und daß die erste Million Mark noch in diesen Tagen erreicht sein wird. Bei der Beschlußfassung über die Satzungen wurde festgestellt, daß entsprechend dem Aufruf des Reichskanzlers die Mittel der Stiftung für die Hinterbliebenen aller in ihrem Beruf tödlich verunglückten deutschen Arbeiter und Angestellten in der Industrie, in der Landwirtschaft und in allen anderen Gewerben und Berufen zur Verfügung stehen, falls durch den Tod des Verunglückten eine besondere Notlage eingetreten ist.

Als erste Bewilligung wurde der von dem Reichskanzler für die Hinterbliebenen der auf der Zeche Matthias Stinnes am Vortage des Tages der nationalen Arbeit zu Tode gekommenen Bergleute gestiftete Betrag von 2000 M. entsprechend dem von der Betriebsleitung zusammen mit der Betriebszelle gemachten Vorschlag auf die einzelnen Hinterbliebenen verteilt. Es wurde weiterhin grundsätzlich beschlossen, daß eingehende Gesuche von den betreffenden Betriebsvertretungen über die Betriebsleitung eingereicht werden sollen. Das Nähere hierüber wird in den Richtlinien bestimmt werden, die in Kürze fertiggestellt und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Etwasige Gesuche um Unterstützung aus der Stiftung sind einzureichen: An die Geschäftsstelle der „Stiftung für Opfer der Arbeit“, Berlin W. 8, Reichsministerium für Volksausklärung und Propaganda, Wilhelmstraße 8.

In der Sitzung konnte Dr. Fritz Thyssen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Industrie des Steinkohlen- und Braunkohlenbergbaues und die eisenhaltende Industrie des Ruhrgebietes zusammen ein Kapital von zwei Millionen Mark für die Stiftung zur Verfügung gestellt haben. Demnach haben die Mittel der Stiftung jetzt bereits den Betrag von drei Millionen Mark erreicht.

Nieder mit dem Preiswucher!

Wohler Vertrauen auf Adolf Hitler hat das deutsche Volk die Hebung der Preise für Produkte, die von der deutschen Landwirtschaft erzeugt werden, hingeschrieben. Es bringt ohne Murren das große Opfer. Es hat vom Führer gelernt, daß wir erst dann wieder stark werden, wenn wir zuerst dem Bauern wieder aufhelfen. Dieses apertbereitete Einspringen für den andern ist von einer Größe, die nur der zu würdigen weiß, der die große Not unseres Volkes kennt und selbst unter ihr körperlich und seelisch leidet.

Selbst diese Not ist nicht imstande, gewisse Elemente davon abzuhalten, auch da noch Geschäfte, gute Geschäfte zu machen. Wie die Tascheier stützen sie herbei, wenn etwas zu holen ist. Augenblicklich erlebt man ein Antreiben der Butterpreise. Für die ohnehin sehr leere Börse der Hausfrau und Mutter kein angenehmer Zustand. Aber, wie gesagt, sie tragen es geduldig, dem Führer zuliebe. Den Rückschlagsparatisten des Lebensmittelhandels war der Preisausschlag noch nicht genügend hoch. Sie korrigierten noch in reichem Ausmaß nach oben hin.

Diesen Preiswucherern hat nun die bayerische Staatsregierung das Handwerk gelegt. Sie hat etwa 170 Schmarokern am Wirtschaftskörper die Läden zugesperrt und die Inhaber in Schußhaft genommen. Die „Männer“ hat sie ins Konzentrationslager in Dachau gesteckt, die Weiber sitzen im Gefängnis, alwo sie nun gründlich darüber nachdenken können, was Gemeinnutz und was Eigennutz ist. An die verspernten Labentüren aber wurde ein Zettel geklebt mit folgendem Inhalt:

„Geschäft wegen Preiswuchers polizeilich geschlossen.
Geschäftsinhaber in Schußhaft in Dachau.“

Der politische Polizeikommandeur in Bayern:
Simmelr.“

Damit wird die Strafaktion gegen diese Hyänen noch nicht beendet sein, sondern es wird erliegen, ob es rasant ist, solche Elemente überhaupt noch in der Lebensmittelverteilung mitwirken zu lassen.

Gewerkschafter, merkst du was? Bei den Nazis gibts keine feierlichen und langatmigen Protestentscheidungen, da wird gleich feste zugefaßt und besonders dann, wenn gewisse Herrschaften es auf den kleinen Mann abgesehen haben. Zur Nachahmung übrigens bestens empfohlen!

Verlängerung der Befreiung von der Beitragspflicht der Arbeitslosenversicherung für den Steinkohlenbergbau.

In der letzten Nummer unserer „Bergbau-Industrie“ berichteten wir über die Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium zwischen dem Ministerialrat Dr. Beisiegel als Vertreter des Ministeriums, dem Beauftragten der NSD., Regierungsrat Dr. Zengel von der Leitung des Gesamtverbandes deutscher Arbeiterverbände und dem Pg. Gau-betriebszellenleiter Ernst Stein als Leiter des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands geführt wurden. Im Anschluß an diese Besprechungen wurde die Geltungsdauer der Bestimmungen der Reichsregierung über die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung bis zum 30. Juni 1933 verlängert.

Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933.

Im Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung vom 31. Mai 1933 (Nr. 30 Spalte 609) ist ein neuer Rundschreiben des Preussischen Innenministers vom 23. Mai 1933 (II 1250 C/4. 4. 33) abgedruckt, aus dem ersichtlich ist, daß sich das Recht der Landespolizeibehörde, Betriebsvertretungsmitglieder zu ernennen, auch auf neu eröffnete Betriebe erstreckt. Der Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Aus Anlaß mehrfacher Anfragen weise ich darauf hin, daß eine Ernennung von Mitgliedern der Betriebsvertretung durch die Landespolizeibehörde über den Wortlaut des Art. 1 § 1 Abs. 2 und § 2 des Gesetzes vom 4. April 1933 hinaus auch in neu eröffneten Betrieben vorzunehmen ist.“

Offener Brief an einen flärentämpferischen Großverdiener.

Wertes Kollege Scheidemann!

In den letzten Tagen habe ich davon gelesen, daß für Dich eine Anmeldung zur Invalidenunterstützung vorliegt und daß man Dir den Höchstsatz von 1,89 M. pro Tag bewilligt hat. Jetzt finde ich bei Aufräumungsarbeiten im Verbandsbüro Dein Schreiben vom 10. April d. J. an den Vorstand unseres Verbandes in Berlin vor, das Du aus Deinem Erholungsurlaub in Karlsbad geschrieben hast. Es ist sehr verwunderlich, daß Du bei Deinem immerhin auch jetzt noch beträchtlichen Einkommen eine derartige Unterstützung antrittst. Allerdings, aus Deinem Brief an den Verband, der mir jetzt vorliegt, sieht ja auch eine ganz andere Absicht heraus. Du schreibst: „Daß an Euch gerade jetzt große Anforderungen gestellt werden, kann ich mir denken. Trotzdem muß ich in meiner schlimmen Lage an Euch appellieren: Gewährt mir eine monatliche Hilfe und laßt mich jetzt nicht im Stich.“ Die „monatliche Hilfe“ hast Du Dir sicher anders vorgestellt, aber der ehemalige Vorstand des Verbandes, Otto Höhn, hat mit feinerem Schreiben vom 18. April 1933 an den Vorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer gesagt, daß Du als Kollege vor anderen Kollegen des Verbandes nicht bevorzugt werden kannst und man Dir eben nur Invalidenunterstützung anbieten könnte.

Du schreibst weiter, daß Du in den nächsten Wochen 50 Jahre lang ununterbrochen Mitglied des Verbandes bist, und daß Du jetzt nach 50jähriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung vor einem Trümmerhaufen stehst und Du nun für die letzten paar Wochen Deiner 50jährigen Mitgliedschaft kaum weißt, woher Du die Beiträge nehmen sollst. Ferner sagst Du in Deinem Schreiben, daß man Dir Deine Pension gestrichen hat und daß Du von Deinen Diäten Deine laufenden Verpflichtungen nur zum Teil erfüllen kannst. Deine Ersparnisse müßtest Du Deinen unversorgten Töchtern überlassen usw.

Kollege Scheidemann! Den Mund hast Du von jeher schon sehr voll genommen. Weißt Du noch: damals in der Revolutionszeit hast Du Dich auf einen Balkon in der Wilhelmstraße hingestellt und hast verkündet: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ Ja, Ihr hättet gesiegt, habt ungeheure Gelder in Eure Taschen hineingesteckt und habt sie verschoben oder verprakt. Du bist nun einer derjenigen, die das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen haben. Es hat sich ja doch bis zu uns Kollegen herumgesprochen, wie Du Dich in Berlin M am Kurfürstendamm bewegt hast. Es ist uns auch noch erinnerlich, wie Du in Kassel als Oberbürgermeister, wo Du auch vor lauter Geldschleppen kaum in den Schlaf kamst, in einem großen Schloß gewohnt hast und Dein beschriebenes Heim mit gefundenen kaiserlichen Möbeln ausgestattet hast. Sieh mal, jetzt schreibst Du weinerlich: „Da ich die Miete für meine jetzige Wohnung nicht mehr bezahlen kann, muß ich eine sehr viel kleinere nehmen; das bedeutet, daß ich meine ganze Einrichtung mit samt der Bibliothek verkaufen muß.“ Wenn man das alles liest und überlegt sich, wieviel Geld Du eigentlich in den letzten 14 Jahren verdient hast, kann einem der Hut hochgehen. Trotz Diäten gehst Du den Verband an, er möchte Dir helfen; trotz Diäten kannst Du nicht einmal Deine Beiträge zahlen! Gewiß, man hat Dir Deine Pension gestrichen, das war gut so und wurde Zeit, denn Du schreibst jetzt, daß Du keine großen Ersparnisse gemacht und allezeit eine offene Hand gehabt hast. Nun ja, mit Deinen Händen ist das aber überhaupt solche Sache. Bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages hast Du gesagt: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die diesen Vertrag unterschreibt?“ Du warst damals einer der Verantwortlichen. Du hast es nicht gehindert, daß dieser Ver-

trag unterschrieben wurde. Deine Hand aber ist auch nicht verdorrt. Nachdem hattest Du also „eine offene Hand“.

Als Beweisstück für Deine edlen Taten führst Du an, daß Du viel Geld für Beiträge bei verschiedensten Organisationen ausgegeben hast. Dann hast Du freiwillige Unterstützungen übernommen und hast minimal 517 bis 927,50 M. (in Wahlmonaten) „nachgewiesenermaßen“ ausgegeben. Als Oberbürgermeister hast Du lange Zeit hindurch ein Drittel Deines Gehaltes und die gesamten Aufwandsentschädigungen für Wohlfahrtszwecke geopfert. Dann hast Du 1922 120 000 M. für eine städtische Stiftung geopfert. Wann war denn das 1922? Du weißt doch, daß wir da schon in der schönsten Inflation lebten und, soviel ich weiß, am Anfang 1922 Deine 120 000 M. nur 2500 M. und am Ende 1922 nur noch 100 M. wert waren. Also, wenn Du heute mit der großen Zahl imponieren willst, mußt Du schon dazusehen, wieviel man sich für 120 000 M. damals kaufen konnte. Ich habe schon mal Billionen aus purem Spaß verbrannt, ohne daß es mir weh tat, und habe doch nicht soviel verdient wie Du.

Du schreibst in Deinem schönen Schreibbrief aber noch viel mehr: Die Einnahmen aus Deinen Memoiren beliefen sich im Jahre 1932 auf sage und schreibe 18 M. Ja, weißt Du, ich denke, Deine Memoiren werden wohl nicht mehr wert gewesen sein, oder der deutsche Arbeiter hätte schon nachgerade von Dir genug gehört, ohne sich nochmals schöne Worte mit viel blauem Dunst herum aus Deinem Buch zu Gemüte zu ziehen.

Da fällt mir nun noch etwas ein: Du schreibst aus Karlsbad. Da ist es sehr schön, aber auch schön teuer. Ich kenne den Ort von der Waise her. Da war nun neulich ein Kollege bei mir, welcher vor kurzem in Karlsbad war, und der erzählte mir eine nette Sache von Dir. Gleich vorweg gesagt, dem Kollegen kann man bestimmt Glauben schenken, denn lange genug kenne ich ihn als ordentlichen und anständigen Menschen. Dieser erzählte mir nun von Deinem Aufenthalt. Du hast Dich in Karlsbad bei einem Friseur bedienen lassen. Dem hast Du aufgetragen, er solle Dir Deinen Bart abnehmen, und er hat es für den ortsüblichen Lohn tatächlich gemacht. Ein tschechischer Journalist hat Dich gefragt, nachdem doch Dein Bart zu Dir oder Du zu Deinem Bart gehört hast, weshalb Du jetzt noch bei Deinem Alter derartige Verjüngungen an Dir vornehmen läßt. Du hast ihm geantwortet: „Besser ist besser.“ Aber ich glaube, Dir tut heute in Deutschland keiner mehr was, bloß sprach man früher vom „Philipp mit der verdorren Hand“, heute kann man sich aussuchen: entweder Philipp mit der offenen Hand oder Philipp ohne den Bart.

Ja, ja, Kollege Scheidemann, Du bist in „einer schlimmen Lage“, aber wenn Du Dich etwas einschränkst, wirst Du ja wohl mit Deinen Diäten und Deiner Invalidenunterstützung auskommen können. Ich wünsche Dir jedenfalls konstant alles Gute, und wenn Dir, wie Du in Deinem Brief noch erwähnt hast, auch die SPD. keinen „beschriebenen Monatsbeitrag“ gewähren will, dann laß Dich mal wieder bei uns im Verband sehen. Mit kollegialem Gruß

Dein Philipp mit dem eisernen Besen.

NE. Falls Du nun etwa anderen Kollegen gegenüber behaupten solltest, Du hättest den Brief, den ich zitierte, nicht geschrieben, werde ich ihn, wie bereits Deine Anmeldung zur Invalidenunterstützung, klüßieren lassen und in die Presse bringen. Nur weil er etwas umfangreich ist und ich Dir dazu noch etwas sagen wollte, habe ich von einer Klüßierung bis jetzt abgesehen.

D. D.

Aus diesem Grunde wurden am 27. Mai die Geschäftsräume des Verlages von der Polizei versiegelt und die dort noch vorhandenen Akten sichergestellt. —

So weit das vorläufige Ergebnis der Untersuchungen. Daß scharfste Eingreifen der Deutschen Arbeitsfront auch bei den christlichen Gewerkschaften notwendig ist, wird hiernach wohl niemand mehr bezweifeln. Die Verkommenheit und Korruption der Führer wiegt um so schwerer, als sie die Stirn hatten, sich christlich und national zu nennen, die Kirche für ihre schmutzigen Geschäfte einzuspinnen und ihre Mitglieder, die schließlich zum größten Teil als einfach-fromme deutsche Arbeiter ihre am Munde abgeparten Grobchen in selbstloser und edelster Absicht dem Verbandsopfer, in dem Glauben zu lassen, es handle sich bei den christlichen Gewerkschaften nicht nur um materielle, sondern vor allem um ideelle, religiös-anschauliche Ständesvertretungen.

Selbstverständlich wird die Deutsche Arbeitsfront alles tun, um die gerechten Ansprüche der Mitglieder zu befriedigen, denen wir hier schon die Beruhigung geben können, daß das bisher sichergestellte Vermögen des Verbandes ausreicht, um den nächsten Anforderungen gerecht zu werden. Daß darüber hinaus in Zukunft die Gelder des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands im nationalsozialistischen Sinne verwaltet, das heißt nur ihrem wirklichen Zweck zugeführt werden, mag die christlichen Arbeiter über die bittere Erkenntnis trösten, daß ihre bisherigen Führer nicht einen Deut besser waren als die der marxistischen Gewerkschaften.

Die Blamage der Führer der christlichen Gewerkschaften ist eine doppelte, wenn man daran denkt, wie sie vor einigen Wochen bei der Übernahme der freien Gewerkschaften den Mund voll nahmen. Als damals der Korruptionslump bei den freien Gewerkschaften und der SPD. aufgedeckt wurde, stellte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Behauptung auf, daß auch die christlichen Gewerkschaften Gelder zur Unterstützung politischer Parteien gegeben hätten. Im pharisäischen Tone sagte „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, dazu, daß die Behauptung des SPD.-Vorstandes eine ganz große Unwahrheit sei. Wörtlich wagte man damals, in das Volk zu rufen:

„Die christlichen Gewerkschaften haben keiner politischen Partei jemals Gewerkschaftsgelder zugeführt. Die Führung der christlichen Gewerkschaften hat uns ausdrücklich ermächtigt, diese Erklärung abzugeben.“

Heute aber zeigt es sich, daß die christlichen Gewerkschaftsführer keinen Deut besser sind als die der freien. Auch sie haben mit den Opfergroßen der Arbeiter Schindluder getrieben und schreckten sogar nicht davor zurück, öffentliche Gelder an die christlichen Gewerkschaften zu verschleppen, wie es der „Primus-Mangold“-Skandal in Essen zeigte. Dort hatte man es fertig gebracht, unter der Aera des verstorbenen Systems 450 000 M. der Stadt Essen gehörende Gelder an die christlichen Gewerkschaften zu verschleppen. Nur ein Teil des Geldes konnte bisher sichergestellt werden. Es zeigt sich also, daß auch die christlichen Gewerkschaften reif zur Übernahme durch die NSD. sind, damit auch dort Ordnung und Sauberkeit einkehrt. Die Opfergroßen des deutschen Arbeiters sind uns zu schade, als daß man sie für parteipolitische und persönliche Zwecke mißbraucht und verschleudert.

Uebelste Korruption auch bei den christlichen Gewerkschaften.

Seit Jahrzehnten Diebstahl an Verbandsgeldern.

Die Deutsche Arbeitsfront stellt einen Teil des Geldes sicher.
Folgende Meldung brachte am 28. Mai 1933 die Offener „National-Zeitung“:

Der von der Deutschen Arbeitsfront zur Prüfung der geschäftlichen Lage bei den christlichen Gewerkschaften und zu ihrer Reorganisation eingesetzte Pg. Steuernagel hat bei der Zentrale des über das ganze Reich verteilten christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg finanzielle Verfehlungen schwerster Art aufgedeckt. Im Verfolg seiner Maßnahmen stellte sich zunächst heraus, daß dafür Sorge getragen werden mußte, keine weitere Verdunkelung eintreten zu lassen. Dieser Aufgabe unterzog sich der Pg. Dreißhausen (Duisburg). An Tatsächlichem ergibt sich daraus, daß

fälschliche Kassenbücher des christlichen Metallarbeiterverbandes für die Zeit von Anfang 1924 bis Ende 1931 verschwunden

retten, und zwar konnten beim Verlagsdirektor Herzog vom Zentrum „Echo“ allein 57 000 M. in bar und in Wertpapieren sichergestellt werden, die dieser famose „Vermögensverwalter“ angeblich ohne Argwohn zu „treuen Händen“ genommen hatte. Im Verlaufe der Vernehmungen wurde dann auch der Zweck offenbar, den diese Gelder erfüllen sollten: Die Verbandsbonzen wollten mit den also gestohlenen Arbeitergroßen eine Versicherungsgesellschaft gründen, in der sie alle ihre lohnende Beschäftigung hätten finden können, falls sie zum Stempeln verurteilt werden sollten. Darüber hinaus aber gaben sie zu, falls die Neugründung gescheitert wäre, für sich selbst einen „Notgroßen“ auf diese Art gesichert zu haben.

Man könnte das als eine Einzelverfehlung betrachten, die sich die Bonzen in ihrer Verzweiflung zuschulden kommen ließen, wenn nicht feststehen würde, daß seit Jahren, wohl seit Jahrzehnten, der gleiche Diebstahl an Verbandsgeldern betrieben worden wäre.

Denn was ist es anderes als Diebstahl und Betrug an den Arbeitern, wenn das „Echo vom Niederrhein“ als Eigentum des christlichen Metallarbeiterverbandes, im übrigen aber überliefertes schwarzes Hehlblatt unter der langjährigen Chefredaktion des separatistischen Landesvertrügers Dr. Haberer, vor Jahren auf Betreiben der maßgebenden Verbandsführer den vor dem Konkurs stehenden „Rheinischen Kurier“ mit offenen Verbindlichkeiten in Höhe von rund 600 000 M. übernehmen mußte, um, wie Herzog und der Verbandschriftleiter Georg Wieber zu Protokoll gaben, prominente Zentrumsführer Duisburg-Hamborn, u. a. Prälat Cüppers und Stadtverordneter Sanders, nicht in einen öffentlichen Skandal zu verwickeln? Ueberhaupt ist es immer wieder das Zentrum „Echo“, das zu dunklen politischen Geschäften benutzt und trotz seiner Unrentabilität vom Verband mit den Arbeitergroßen subventioniert wurde. Neben einem

sind, so daß die Belege und Bücher der letzten Zeit vollkommen unübersichtlich und unvollkommen zurückbleiben. Aus welchen Gründen diese Vernichtung der Kassenbücher vor sich gegangen ist, wird leicht erklärlich nach folgenden weiteren Feststellungen:

Der Hauptkassierer des Verbandes Hegemann hat nach seiner ersten Vernehmung das Geständnis abgelegt, daß er die noch vorhandenen Bücher freijert hat, um nicht offenbar werden zu lassen, was der Verband, statt seine Gelder für die ihm anvertrauten Arbeiter zu verwenden, an die ihm befreundete Zentrumsparterie abgeführt hat. (Bei der letzten Wahl waren es allein für Duisburg 21 000 M.)

Bevor man weitere Ermittlungen anstellen konnte, gelang es Hegemann, spurlos zu verschwinden. Vor seiner Flucht hatte er aber noch dafür gesorgt, daß

große Teile des Verbandsvermögens — man rechnet mit 500 000 M. — ins Saargebiet geschafft wurden.

Dem raschen Zugreifen unserer Parteigenossen gelang es jedoch, beträchtliche Summen in Duisburg und Umgegend zu

Darlehen von 534 000 M.

erhielt es in den letzten Jahren soviel offene und versteckte Zuschüsse, daß erst eine genaue Nachprüfung der Verhältnisse ungefähre die Summe dessen zu erkennen geben kann, was hier von Verbandsgeldern verpulvert wurde.

Der Kampf gegen das Doppelverdienertum

Überall in Deutschland werden scharfste Maßnahmen gegen das Doppelverdienertum ergriffen. So hat der Hamburger Senat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die sich gegen das Doppelverdienertum von Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeitern wendet. Vollbeschäftigte weibliche Angestellte und Arbeiter im Staats- und Gemeindefeld werden auf den nächstzulässigen Termin gekündigt, wenn der Mann im Staatsdienst voll beschäftigt ist oder im privaten Erwerbseben ein für den Unterhalt der Familie ausreichendes Einkommen hat. Da für die Entlassung der verheirateten weiblichen Beamten noch keine rechtliche Handhabe besteht, hat der Senat die Reichsregierung ersucht, das Reichsgesetz vom 30. Mai 1932 auf die Landes- und Gemeindebeamten auszudehnen.

Des weiteren beschließt sich die Senatsverwaltung mit der Frage des Nebenverdienstes. Eine Nebenbeschäftigung, die den freien Arbeitsmarkt beeinträchtigt, wird den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hamburgischen Staates ausdrücklich verboten. Besonders für gutachtliche Tätigkeit wird den Beamten in Zukunft nur ein ideeller Vorteil gewährt werden.

Ebenso fordert die Thüringische Staatsregierung auf, mit dem Doppelverdienertum aufzuräumen. Sie erklärt dafür folgenden Aufruf an alle Arbeitgeber in Stadt und Land:

„Es fehlen Arbeitsplätze für arbeitslose und arbeitswillige Volksgenossen. Trotzdem gibt es heute in den verschiedenen Berufen noch Doppelverdiener. Dieser Zustand muß nunmehr ein Ende haben. Angesichts der großen Not unseres Volkes appellieren wir an die Einsicht aller Arbeitgeber, ohne Rücksicht auf Bedenken allerlei Art den erforderlichen Personalwechsel zum nächstliegenden Termin vorzunehmen und überall die männliche Arbeitskraft zu bevorzugen, wo sich das rechtfertigen läßt.“

Ergänzend wird zu diesem Aufruf mitgeteilt: Die verheiratete Frau, deren Ehegatte noch einen Arbeitsplatz besitzt, der ein — wenn auch bescheidenes — Dasein ermöglicht, muß sich mindestens für die jetzige Notzeit aus dem Berufsleben zurückziehen.

Derjenige pensionierte — vornehmlich ältere — Beamte und Volksgenosse, dessen Lebensunterhalt durch Rentenbezug oder auf andere Weise sichergestellt ist, muß demjenigen Volksgenossen Platz machen, der nur auf seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit angewiesen ist.

Es sollen sich auch die Töchter aus solchen Familien, die sich in wirtschaftlich einigermaßen gesicherten Verhältnissen befinden und nicht unbedingt auf Verdienst in der Gegenwart angewiesen sind, mindestens aus solchen Berufen zurückziehen, in denen der Mann Arbeit und Brot finden könnte.

Bei der Kündigung von Doppelverdienern sind selbstverständlich die maßgebenden Kündigungsfristen einzuhalten, soweit nicht durch gütliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein vorzeitiges Ausscheiden ermöglicht werden kann. Soweit die Kündigungsfrist nach dem Handelsgelehrbuch zum Bierjahreschluß in Betracht kommt, muß die Kündigung zum nächsten Termin bis spätestens den 19. Mai bis Dienstschluß ausgesprochen sein.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Wenn dieser Grundsatz des neuen Staates auch ohne Zwang überall Beachtung findet, kann zahlreichen Arbeitslosen unseres Gebietes zu einem Arbeitslosentum verholfen werden.

Ein solches Erbe übernehmen wir!

20 Milliarden Mark Auslandsschulden belasten das deutsche Volk.

Mitbestimmend für die Zukunft des deutschen Volkes wird die Frage unserer Auslandsverschuldung sein. Ein unheiliges Erbe mußten wir Nationalsozialisten hier übernehmen. Es ist von besonderem Wert, augenblicklich die Ergebnisse einer neuen Erhebung zu erhalten, die die Anmeldestelle für Auslandsschulden zum 30. September 1932 angestellt hat. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden vom Statistischen Reichsamt in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 9) veröffentlicht. Danach beträgt die langfristige Verschuldung 10 181 Mill. M. und die kurzfristige Verschuldung 9347 Mill. M., insgesamt also 19 528 Mill. M. In dieser Statistik sind alle Schulden über 5000 M. erfasst. Nicht erfasst von der Erhebung sind die direkten Kapitalanlagen des Auslandes, so die im Besitz von Ausländern befindlichen deutschen Wertpapiere, Beteiligungen, Grundstücke usw. Die von der Erhebung nicht erfassten Beträge werden mit rund 5 Milliarden Mark geschätzt, so daß also die gesamten ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland mit etwa 24 bis 25 Milliarden Mark angenommen werden können.

Wie sich die erstgenannten langfristigen deutschen Auslandsschulden zusammensetzen, zeigt nachfolgendes Zahlenbild (in Millionen Mark):

Die langfristige deutsche Auslandsverschuldung am 30. September 1932	Schulden				
	Öffentl. Hand	Banken	Industrie, Handel, Verkehr u. Landwirtschaft	Sonst. Schuldner	Insgesamt
Langfristige Schulden insgesamt	3601	1405	4701	474	10181
Gläubiger:					
Banken	140	216	810	68	1234
Finanzierungsgeellschaften	23	54	414	178	669
Handels- und Industriefirmen	0	11	174	18	203
Sonstige Gläubiger (einschließlich Anleihen)	3438	1124	3808	210	8075
Gläubigerländer:					
Der Staaten von Amerika	1480	984	2578	67	5118
Großbritannien	513	84	456	7	1060
Frankreich	420	19	13	4	465
Niederlande	721	171	842	134	1868
Schweden	238	106	648	104	1096
Belgien	36	7	16	1	63
Italien	41	0	37	5	83
Schweden	133	18	7	3	161
Sonstige Länder	1	16	104	146	267
Schuldarten:					
Anleihen	3433	1113	3157	131	7834
Kontokorrenten und Grundschulden	12	23	342	126	503
Sonstige Schulden:					
an Banken	132	190	663	26	1020
an Nichtbanken	24	70	530	101	824

Unter das Stillhalteabkommen fallen nur diejenigen Zahlungspflichtigen, bei denen bestimmte Voraussetzungen zutreffen. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von rund 4000 Mill. M.

Die kurzfristigen Auslandsschulden setzen sich wie folgt zusammen (in Millionen Mark):

Die kurzfristige deutsche Auslandsverschuldung am 30. September 1932	Schulden				
	Banken	Industrie, Handel, Verkehr u. Landwirtschaft	Sonstige Schuldner	Öffentl. Hand	Insgesamt
Kurzfristige Schulden insgesamt	5661	3745	305	622	9347
Gläubiger:					
Banken	3342	1656	95	535	6442
Finanzierungsgeellschaften	118	855	47	4	524
Handels- und Industriefirmen	109	1405	47	2	1563
Sonstige Gläubiger	292	329	116	81	818
Gläubigerländer:					
Der Staaten von Amerika	1502	640	33	443	2898
Großbritannien	661	423	25	62	1171
Frankreich	230	134	8	18	390
Niederlande	373	1081	78	27	1559
Schweden	613	859	84	55	1611
Belgien	34	80	4	1	128
Italien	17	30	6	2	64
Tschechoslowakei	54	68	5	2	129
Dänemark	18	27	5	—	50
Schweden	35	48	7	12	102
Sonstige Länder	225	337	50	0	612
Schuldarten:					
Kontokorrenten und sonstige Zahlungsverbindlichkeiten (KIZ)	—	624	—	—	624
Schuldarten:					
Kontokorrenten und sonstige Zahlungsverbindlichkeiten	2118	429	0	—	2547
Schulden aus Warenlieferungen	—	919	3	0	922
Akzente und Sotawechsel	12	101	1	39	153
Anleihen	31	95	6	78	210
Hypotheken u. Grundschulden	11	182	67	3	262
Sonstige Schulden	102	2019	228	302	5253

Aus diesen beiden Tabellen geht insbesondere hervor, daß innerhalb der deutschen Schuldnergruppen der größte Betrag der Auslandsverschuldung auf Handels- und Industriefirmen entfällt mit 8446 Mill. M., das sind 43 Prozent der Gesamtverschuldung. Auf die Banken entfallen 6080 Mill. M., das sind 31 Prozent der Gesamtverschuldung. Die öffentlichen Körperschaften weisen einen Schuldenbetrag von 4223 Mill. M. oder 22 Prozent auf.

Welche Länder sind nun in der Hauptsache unsere Gläubiger? Die größten Kapitalforderungen haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 8016 Mill. M., danach folgen die Niederlande mit einem Betrag von 3227 Mill. M., die Schweiz mit 2707 Mill. M. und England mit 2231 Mill. M. Mit unter einer Milliarde Mark sind an der gesamten Auslandsverschuldung noch folgende sogenannte Stillhalteländer beteiligt (in Millionen Mark):

Frankreich	864
Schweiz	269
Belgien	191
Italien	147
Tschechoslowakei	146
Dänemark	56

Nach dem Stand vom 30. September 1932 beansprucht der gesamte Kapitaldienst unserer Auslandsverschuldung 1328 Mill. Mark, wovon 630 Mill. M. auf die Zinsen für kurzfristige, 435 Mill. M. auf die Zinsen für langfristige Anlagen und 280 Mill. Mark auf die Tilgungsraten entfallen. Davon fließen nach England 144, nach Holland 240, nach der Schweiz 194, nach Frankreich 49 und nach Amerika 619 Mill. M. Von diesem Kapitaldienst sind 351 Mill. M. von der öffentlichen Hand und 977 Mill. M. von der Privatwirtschaft (einschließlich der Banken) aufzubringen. Aus diesen Zahlen kann sich jeder ein Bild machen, wie schwer die deutsche Wirtschaft an der hohen Auslandsverschuldung zu tragen hat. Jährlich werden also unserer Wirtschaft 1328 Mill. M. entzogen. Wenn manchen Volksgenossen der Wiederaufstieg unseres Volkes zu langsam und mühevoll erscheint, so muß er sich diese Tatsache immer vor Augen halten.

Eine neue Epoche in der amerikanischen Wirtschaft.

Die Aufhebung der Goldwährung in den Vereinigten Staaten war, wie es sich immer schärfer herausstellte, der Beginn einer neuen Epoche der amerikanischen Wirtschaft. Ihr folgten umwälzende Veränderungen auch der gesamten Wirtschaftsverfassung. Was immer die Ursachen des Dollarschwaches waren, welche Absichten immer sich mit ihm ursprünglich verknüpfen (sagen überhaupt klare Absichten vor oder war es nur der Sieg nicht zu bändigender Kräfte?): einerlei, wir müssen nun das Augenmerk darauf richten, was sich in der Folgezeit hieraus an umwälzenden Veränderungen ergab. Die Steigerung der Preise für Rohstoffe und Fertigwaren und für Aktien — die im übrigen viel stärker war, als es dem Absinken des Dollar-Wechselkurses entsprach, so daß auch die in Gold ausgedrückten Preise stark anstiegen — mag konjunktur- und kreditpolitisch noch so wichtig, ihre Wirkungen für die Ankurbelung der Konjunktur und für die Entlastung der Schuldner noch so bedeutungsvoll sein: wichtiger noch sind die Verluste des Staates, eine planmäßige Ordnung in die gesamte Produktion zu bringen. Die weitgehenden währungs- und kreditpolitischen Vollmachten, die Präsident Roosevelt vom Parlament erhielt und die das Schicksal sowohl der Währung wie auch der Preisentwicklung in seine Hände legten, waren in ihrer Tragweite nicht wichtiger, als das neue Agrargesetz, das vor kurzem angenommen wurde, und das neue Indusriegesetz, das vor seiner Annahme steht. Beide bezwecken eine staatliche Kontrolle der gesamten Produktion in einem Umfang, wie es bisher für ein kapitalistisches Land nicht einmal geahnt werden konnte. Mit diesen Gesetzen soll, wie versichert wird, kein Staatskapitalismus angestrebt werden. Der Staat will sich an den privaten Unternehmungen weder beteiligen, noch möchte er sie besitzen — es bleibt bei der alten Eigentumsordnung. Dagegen sollen Eingriffe in die Produktionsordnung in einem Umfang vorgenommen werden, wie sie wohl auch in der Kriegswirtschaft nicht erfolgten.

Das Agrargesetz will den Farmern Preise sichern, die ihnen ihre frühere Kaufkraft wiedergeben sollen. Daher sollen die Agrarpreise stärker in die Höhe gebracht werden als die Preise für Industrieprodukte. Die Art, wie diese Preissteigerungen zuwege gebracht werden, enthält bereits eine wichtige Neuerung: die Gesamtheit des Volkes soll hierfür aufkommen. Den Farmern sollen aus Steuermitteln die Beträge übermittelt werden, um die ihre Verkaufserlöse niedriger sind, als was ihnen entsprechend den Absichten der Regierung zur Wiederverherstellung ihrer alten Kaufkraft zufließen soll. Diese staatliche Stützung der Farmer soll aber verknüpft werden mit schärfsten Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit: dem Staat steht jetzt zu, darüber zu bestimmen, was, welche Mengen und Qualitäten an landwirtschaftlichen Produkten erzeugt werden dürfen. Erhöhte Preise, verknüpft mit der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Produzenten in der Landwirtschaft zwecks Regelung der nationalen Produktion!

Der Entwurf des Indusriegesetzes enthält ebenfalls die Möglichkeit weittragender staatlicher Eingriffe zur Regelung der Produktion. Es scheint, daß die amerikanische Regierung gewonnen ist, die kürzlich veröffentlichten Anregungen der amerikanischen Enquetekommission zu verwirklichen und eine planwirtschaftliche Ordnung in der Industriewirtschaft anzustreben. Mehrere Regierungsmitglieder sollen eine Kommission mit einem unabhängigen Präsidenten an der Spitze bilden, die zur Regelung der Beziehungen sämtlicher Industriezweige mit großen Machtvollkommenheiten ausgestattet werden soll. Sie soll befugt sein, die Beschlüsse der Mehrheit der Unternehmer in einem bestimmten Industriezweig auch für die Minderheit verpflichtend zu machen. Ein jeder Industriezweig soll außerdem so organisiert werden, daß er einen Führer erhält, der die Angelegenheiten des betreffenden Produktionszweiges in Verbindung mit einer Kommission, an der Unternehmer, Arbeiter und Staat

62. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat vom 27. bis 29. April seine 62. Tagung in Genf abgehalten.

Der Vertreter der japanischen Regierung teilte aus diesem Anlaß mit, daß Japan trotz seines Ausscheidens aus dem Völkerbund Wert darauf lege, in der Internationalen Arbeitsorganisation zu verbleiben und an ihrem Werke auch weiterhin mitzuwirken. Diese Erklärung wurde vom Verwaltungsrat mit Befriedigung entgegengenommen.

Anlaßlich der Beratungen über die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1934, die erst auf der Herbsttagung des Verwaltungsrats endgültig festgelegt werden wird, wurden folgende Fragen vorläufig in Aussicht genommen: Vereinigungsfreiheit, bezahlter Urlaub, die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, die Bedingungen für die Anwerbung eingeborener Arbeiter, die Wohnungs- und Unterbringungsbedingungen der Arbeiter, der Abschluß und die Beschäftigung von Kindern in der Filmindustrie.

Eine Reihe von Beratungsgegenständen, z. B. das Gutachten über die Nacharbeit der Frauen, die Prüfung des Sachverständigenberichtes über die Durchführung der ratifizierten Übereinkommen sowie die Entschlüsse des Beratenden Ausschusses für Angelegenheiten wurden der nächsten Tagung des Verwaltungsrats überwiesen.

Das deutsche Unternehmertum in der Deutschen Arbeitsfront!

Die Erklärungen des Führers der Deutschen Arbeitsfront in der Tagung des Großen Arbeitskonvents vom 23. Mai haben die hohen Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront klar umrissen. Sie umfassen die Erziehung und Schulung aller schaffenden deutschen Menschen zum Gemeinschaftssinn und Gemeinschaftsdenken.

An diesem großen Ziele will das deutsche Unternehmertum positiv mitarbeiten. Um die innere Verbundenheit zwischen Unternehmer, Arbeiter und Angestellten in der deutschen Wirtschaft sowohl nach außen zu zeigen, wie die Vorbedingung für eine wahre Volksgemeinschaft zwischen allen in der Wirtschaft schaffenden nach einem Muster herzustellen, haben sich die Unternehmer, vertreten durch die maßgebenden Arbeitgeberorganisationen, der Deutschen Arbeitsfront angeschlossen.

Es werden zunächst 30 Vertreter der Unternehmer in den Großen Konvent der Arbeitsfront berufen. Desgleichen findet eine entsprechende Ergänzung des Kleinen Konvents statt.

paritätisch beteiligt werden, zu betreuen haben wird. — Bisher war die Gründung von Kartellen in den Vereinigten Staaten verboten. In Zukunft sollen sie sogar gefördert werden, ja sogar der Charakter von Zwangskartellen erhalten, indem Unternehmer, die den Kartellen nicht beitreten wollen, schwere wirtschaftliche Nachteile zu gewärtigen haben. So sollen z. B. zwecks Herbeiführung der Gründung eines Kohlenkartells die Kohlenproduzenten für jede produzierte Tonne Kohlen eine Steuer von 20 Prozent des jeweiligen Verkaufspreises abführen müssen; der Erlös der Steuer wird aber allein unter die Kartellmitglieder verteilt, so daß damit für alle Produzenten eine Zwangslage geschaffen wird, die sie zum Anschluß bewegen muß. Die Kartelle dienen wohl unmittelbar dem Zweck, durch Ausschaltung der Konkurrenz und durch die damit erreichte Marktbeherrschung die Preise in die Höhe zu treiben, was gegenwärtig von der Regierung aus konjunkturpolitischen Gründen angestrebt wird. Die Kartellmitglieder erhalten Produktionsquoten, die sie nicht überschreiten dürfen, d. h. die Kartellgründung geht in Zeiten aufsteigender Konjunktur mit einer Einschränkung der Produktion einher. Das ist häufig nachteilig für die Entfaltung der Produktionskräfte der Volkswirtschaft und für die Beschäftigung. Nun soll aber diese Produktionseinschränkung in den Dienst eines volkswirtschaftlich wichtigen Zwecks gestellt werden, sie soll eine ungesunde Lieberproduktion verhindern und damit die Entstehung neuer Wirtschaftskrisen, sollte die gegenwärtige überwunden werden, verhüten. Wir wissen noch nicht, auf welchen Wegen die staatliche Kartellkontrolle die harmonische Entwicklung der einzelnen Glieder der Volkswirtschaft zustandebringen will. Die Kartellgründung an sich kann dafür nur eine Vorbedingung sein. Wir wissen aus Erfahrung, daß Kartelle bisher gewöhnlich nur als Einrichtungen zur Preissteigerung und zur Ausbeutung der Verbraucher wirkten. Jetzt sollen sie als Werkzeuge einer allgemeinen Produktionsregelung benützt werden. Sind sämtliche wichtigen Produktionszweige in Kartellen zusammengefaßt, so muß dafür Sorge getragen werden, daß sie sowohl im Hinblick auf den Produktionsumfang wie auf die Preise aufeinander abgestimmt werden. Somit würde eine Art Generalkartell, eine Gesamtorganisation der ganzen Volkswirtschaft entstehen.

Die Entlohnung der in diesen Kartellen beschäftigten Arbeiter soll auf Grund von Tarifverträgen erfolgen. Offenbar wird der Staat dafür Sorge tragen, daß solche Tarifverträge überall entstehen, ja er wird auch auf deren Inhalt Einfluß nehmen. Die Regierung gab schon ihre Absicht kund, es zu verhindern, daß die durch die Kartellgründungen erreichten Preissteigerungen auf Kosten der Arbeiter gehen, sie fordert, daß auch die Löhne entsprechend erhöht werden.

Wir stehen hier also einem wichtigen Versuch gegenüber, die volkswirtschaftliche Produktion und Verteilung auf privatrechtlichen Grundlagen planmäßig zu regeln, d. h. auf Grund des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, jedoch mit der starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit der privaten Unternehmer. In Sowjetrußland erfolgt ebenfalls eine zentrale Beeinflussung der Wirtschaft auf Grund eines Wirtschaftsplanes, jedoch auf staatskapitalistischer Grundlage: der Staat selbst besitzt dort die Unternehmungen, gründet und erweitert sie. Dort Kartelle, hier Besitz der Produktionsmittel. Auf die Problematik der beiden Systeme und auf die Zukunftsaussichten, die mit dem einen oder dem anderen politisch und wirtschaftlich verknüpft sind, kann hier nicht eingegangen werden. Beide sind nicht von vornherein beabsichtigt worden, die Planwirtschaft entsteht hier wie dort als Ergebnis von bestimmten Zwangslagen. Ihr Ursprung ändert jedoch nichts an ihrer großen Bedeutung: beide leiteten neue Epochen der Wirtschaftsgeschichte ein und, da die Wirtschaftsentwicklung auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Zusammenlebens zurückwirkt, neue Epochen auch für die Entwicklung der Gesellschaft.

Als Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation zur Weltwirtschaftskonferenz hat der Verwaltungsrat folgende Herren bestimmt: Regierungsgruppe: Attil Chatterjee (Indien), Middel (Kanada) und Dr. Engel (Deutschland); für die Arbeitnehmergruppe: Versted (Dänemark), für die Arbeitgebergruppe: Joubert (Frankreich).

Weiter hat der Direktor des Internationalen Arbeitsamts die Ernennung erhalten, den Beratenden Schiffsahrtsausschuß vor Ende dieses Jahres einzuberufen.

Im weiteren Verlaufe seiner Verhandlungen hat der Verwaltungsrat den Haushalt des Internationalen Arbeitsamts für das Jahr 1934 mit 8,2 Mill. Fr. angenommen. Dieser Haushalt ist gegenüber demjenigen des Vorjahres um 594 000 Fr. oder 6,71 Prozent niedriger.

Die nächste Tagung des Verwaltungsrats begann am 6. Juni in Genf. Am 8. Juni wurde die Internationale Arbeitskonferenz eröffnet.

Adolf Hitler:

Auf die Dauer werden Regierungssysteme nicht gehalten durch den Druck der Gewalt, sondern durch den Glauben an ihre Güte und Wahrhaftigkeit in der Vertretung und Förderung der Interessen eines Volkes.

Haus und Leben

Der Adel der Arbeit.

Der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler hat schöne Worte über den Wert der Arbeit gefunden. Er sprach vom Adel der Arbeit und von der Ehre des Arbeiters. Das Volk ist eins und heilig ist seine gemeinsame Arbeit! Dieses Motto durchpflanzte seine Reden, die er vor der deutschen Arbeiterschaft gehalten hat. „Es mag einer lästig sein wo immer, er soll und darf nie vergessen, daß sein Volksgenosse, der ebenfalls, ganz gleich wie immer, so wie er seine Pflicht erfüllt, daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit einer Regierung, durch die Arbeit einer bestimmten Klasse, durch die Arbeit ihrer Intelligenz, daß sie nur lebt durch die Arbeit aller.“ Diese Worte werden die Zustimmung weitaus Kreise der Bevölkerung gefunden haben.

Deutschland war und ist ein Volk der Arbeit. Dennoch ist der Handarbeiter gerade hierzulande wenig geachtet worden. Er bildete bis in der neuesten Zeit den vierten Stand der menschlichen Gesellschaft. Infolge der technischen Entwicklung ist die Arbeit heute leichter als früher. Dennoch haben die Menschen zu meist die Freude an ihr verloren. Nicht zuletzt infolge der Achtachtung ist sie für viele eine Bürde geworden, die sie nur widerwillig mit sich herum schleppen. Nicht immer ist dies so gewesen. Arbeit und Spiel wohnten früher eng beieinander. Der Rhythmus war das Verbindungsglied. Mit dem Rhythmus, dem Gleichmaß der Bewegungen, die von Gesang und Rufen begleitet waren, wurde eine Steigerung der Produktivität erzielt. Der Volkswirtschaftler Karl Bücher bezeichnete den Rhythmus als den Pulsschlag der Arbeit. Die Arbeit wurde zum Fluch, als die Sklavenwirtschaft aufkam. Die spätere Geldwirtschaft milderte die Sklaverei. Sie ermöglichte aber die Aufspeicherung des Arbeitsertrages und die Ruhbarmachung der Arbeit anderer. Die Maschine kam und vervielfältigte die Kräfte der Menschen. Mit ihr entstand das kapitalistische Zeitalter, das den Entwicklungsgang der Menschheitsgeschichte in raschen Stößen vorwärts trieb. Und immer mehr vervollkommnete sich die Technik. Immer riesenhafter wurden die Kräfte der Menschheit. Mit dem Wachen dieser Kräfte wuchs die Herrschaft der Menschen über die Natur. Die Elemente, ungebändigt der Schrecken der Menschheit von ehedem, wurden in den Dienst gespannt und machten die Herrschaft über die Natur vollständig. So wurde der Mensch Herr der Erde. Aber Herr über sich selbst wurde er nicht. Im Gegenteil, immer tiefer wurde er in die Wirnisse der kapitalistischen Welt verstrickt. Das Geld beherrscht den Menschen, das Geld, welches aufgespeicherte Arbeit darstellt. Die Arbeiter vermögen nicht zu begreifen, daß sie an diesem von ihnen mitgeschaffenen Reichtum so wenig Anteil haben sollen.

Die ungeheure Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit hat es bewirkt, daß eine große Zahl von Menschen ohne Arbeit zu leben vermag. Geht man durch die Straßen der Großstadt, dann merkt man erst, wie viele Menschen von der Arbeit entbunden sind. Cafés und andere Vergnügungstätten sind auch heute noch zu allen Tageszeiten gut besetzt. Und weil bei Leuten, die Geld haben, ein Leben auch ohne Arbeit möglich ist, ist die Würde derselben noch weiter gesunken. Das rücksichtslose Streben nach Geld hat den Wert der körperlichen Arbeit sinken lassen. Der in früheren Zeiten in allen Tonarten besungene Adel der Arbeit ist in unserem modernen Zeitalter fast völlig verschwunden. Wie dem auch sei: Arbeit ist und bleibt die segenspendende Quelle der Menschheit. Ohne die Arbeit, das emsige Schaffen der Millionen auf dem weiten Erdenrund, gäbe es keine Kultur, kein Glück und keine Freude. Die Freude am Selbstgeschaffenen hebt den Menschen empor, trägt seine Gedanken in ferne Weiten höher Hoffnungen. Arbeit ist und bleibt die Freude des Menschen, sein nie versagender Wohlförder. Und die ganze moderne Kultur, die Wunderwerke der Technik und alles, was wir an Großem und Erhabenem sehen, ist schließlich die Krönung einer seit Jahrtausenden geleisteten Arbeit. Die Arbeit des Menschen ist ein ununterbrochener Kampf mit der Natur. Menschskraft und Menschen-

arbeit verbinden sich zu dem Zwecke, eine dem menschlichen Leben entsprechende Veränderung der von der Natur gelieferten Stoffe herbeizuführen. Und aus dieser Veränderung der Naturstoffe erblühen die Resultate der Arbeit, erwachsen die Wunder der Technik. An den ägyptischen Pyramiden und anderen Denkmälern alter Baukunst bewundern die Menschen von heute die mit primitiven Mitteln geleistete Unsumme von Arbeit.

Der modernen Zeit war es vorbehalten, die Arbeit in Ungnade fallen zu lassen. Jeder strebte danach, möglichst von der körperlichen Arbeit entbunden zu werden. Es wäre nicht nur ein Gewinn für die Arbeiter selbst, sondern für die gesamte Menschheit, wenn der Adel der Arbeit, das Heiligtum des menschlichen Schaffens, wieder zu Ehren käme. Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter! So stand es am 1. Mai in Deutschland auf Plakaten und Transparenten. Ein schönes Wort, von dem man nur hoffen kann, daß es die gesamte Menschheit mit aller Kraft ergreift. Erst wenn der Arbeiter in

Bei der dritten Art steigt die Leistungskraft langsam an und erst ziemlich spät, erst in der zweiten Hälfte des Lebens erreicht sie den Höhepunkt. Als Beispiele hierfür gelten Seipel, Bismard und Stresemann aus der Politik, ferner Leibniz, Humboldt und Kant und der Dichter Mörike.

Eine vierte Art schließlich zeichnet sich dadurch aus, daß sich die Leistungskraft bei ihr gleichmäßig durch das Leben zieht, wie es bei Siemens, Hegel, Schopenhauer, Fichte, Wagner und Hebbel gewesen ist.

Untersuchungen, die sich in ähnlicher Weise auf die Masse der Arbeitenden erstrecken, stehen noch aus, aber die Vermutung liegt nahe, daß es auch da einen einheitlichen Ablauf nicht gibt. Wenn trotzdem allgemein ein starkes Abfallen der Leistungskraft der Schaffenden um das 40. Lebensjahr festgestellt wird, so hat das in den sozialen Verhältnissen die Ursache, die darum im Sinne der Leistungskraft zu ändern sind.

Arbeit aus ältester Zeit.

Wir finden in verschiedenen wissenschaftlichen Zeitschriften wertvolle und anregende Angaben über Erzeugnisse der Arbeit aus ältester Zeit.

Da finden wir z. B. das älteste Spinngerät genannt. Es wurde bei Ausgrabungen in Anau in Innerasien gefunden. Es stammt aus dem 4. Jahrtausend vor Christus. So alt ist die Webekunst. Auch in den Pfahlbauhöhlen stand sie in hoher Blüte. So fand man im Bebenhäuser Pfahlbau Textilprodukte in großer Vollendung. Sie waren so großartig, daß der Finder an ihre Echtheit nicht glauben wollte, „da sie moderner Pariser Webereiarbeit gleichen“.

Älter noch ist die Verwendung des Eisens. Man führt sie auf das Jahr 6000 vor Christus zurück. Um das Jahr 1500 vor Christus muß im Sudan eine große Eisenindustrie bereits bestanden haben. „Aber“, so fragt Dr. Pfeifer in seinem Werke „Bergwerk im Bild“, „warum sollten wir es für unmöglich erklären, daß das Eisen 2000 Jahre vor Christus in Europa bekannt war? Warum sollen Nordgermanen nicht gefestigt haben, was Kaffern und Hottentotten gelang?“

Das älteste Spielzeug ist wohl die Puppe. Sie war besonders in Griechenland und in Ägypten bekannt. Eine solche Puppe haben wir in Besitz. Es ist eine Holzpuppe mit einem Holzpferdchen aus Ägypten um das Jahr 2500 vor Christus. Dieses Stück Spielzeug ältester Zeit wird in Deutschland aufbewahrt, und wer etwa im Sommer auf einer Wanderung durch Thüringen die Stadt Sonneberg besucht, kann dieses Spielzeug aus ältester Zeit da im Deutschen Spielzeugmuseum besichtigen.

In Deutschland setzte die Herstellung des Spielzeugs besonders im 16. Jahrhundert ein. Aber es war zunächst kein besonderes Gewerbe, sondern es war Holzschmiederei und Zinngießerei als Nebenarbeit.

Schließlich wollen wir auch ein Arbeitserzeugnis, das für Erquickung und Leib bestimmt ist, nicht vergessen. Es ist das alte germanische Bier. Wie Professor Johann Größ in „Forschungen und Fortschritte“ mitteilt, hat er zwei altgermanische Trinkhörner mit Bier- und Metreiten untersucht.

Zwei Bierarten kannten unsere Ahnvoorderen. Die eine Sorte wurde im Althochdeutschen „alo“ genannt, woraus das englische „Ale“ wurde. Die andere Sorte aber nannte man „pior“. Dabei handelte es sich um ein säuerliches Bier, das unserem Weißbier entsprechen soll.

Aber auch diese Arbeitsleistung war gar nicht so schlecht, wie man oft denkt. Die alten Germanen verstanden es, ihre Mäiße zu schaffen und auch mit dem Verzuckerungsprozeß waren sie vertraut. Vielleicht schmeckte das „pior“ besser als wir denken. Umsonst war es schließlich wohl nicht, wenn die alten Germanen „immer noch eins“ tranken.

Kameraden, haltet dem Verband die Treue!

Macht die anheimelnde, leichtbeschwingliche Melodie eines Walzers nicht die arbeitsharten Glieder der Bauernburschen und der Arbeiter flink? Wenn eine Sängerin in vollem Saal vor Werkstätigen Weisen des Volkes singt, dann wird die Begeisterung bestimmt kein Ende nehmen. Die Kunst soll dem Menschen Feierstunden, Wehestunden bereiten. Kennern, Eingeweihten stehen die schweren Meisterwerke zu. Dem abgeplagten, sich nach Erholung sehnennden, schlaffen, geraden Arbeitsmann steht man keine schweren, für ihn meistens unverständlichen Sachen vor.

Walzer von Strauß, flotte, schneidige Militärmärsche, eindrucksvoll vorgetragene Volkslieder, um Dinge zu nennen, werden ihm kein Problem sein, das unlösbar ist, sondern seinem von Alltags Sorgen zerquälten Gemüt ein Gefühl innerer Befreiung und Harmonie ausfüllen.

Darum, Arbeiter, laß Spießer reden, du seiest unmusikalisches. Du hast ebenso Empfinden für die Ausprägungen dieser Kunst wie er, nur bist du nicht unehrlich genug, Kenntnisse um höchste und letzte Dinge in der Musik vorzutauschen, wie es heute noch gang und gäbe ist. Deutscher Arbeitsmann, du hast es nicht nötig, in diesem Punkte Minderwertigkeitsgefühle zu haben! Wurf sie heute noch über Bord! Sei in deiner schlichten, einfachen und doch stolzen Art Vorbild für andere, damit die undeutliche Großmannsucht gewisser Spießerkreise in Deutschland bald einem vergangenen Zeitalter angehört!

Was wundert man sich, wenn es möglich war, daß der Jazz, der Rückfall ins Primitiv — nein, sogar ins Regere — so weiten Anklang fand. Die Kunst war zu hoch geworden für die Allgemeinheit, der man dann einreden wollte, sie habe überhaupt kein Kunstverständnis, sofern solches nicht geheuchelt wurde.

Julius Merz.

Victor Kotinowski: Im Frühling.

Versonnen blüht der Meeres-
mit wundersamem Duft,
verklärte Frühlingslieder
erklingen in der Luft.
Die Vögel musizieren
so schmelzend und so weich
und zarte Blumen zieren
die Matten farbenreich.

Auf Sträuchern und auf Bäumen
prangt bunte Blütenpracht,
die Kinder Floras träumen
und blühen Tag und Nacht,
die Schmetterlinge kosen
im Morgensonnenschein
mit Lilien und mit Rosen
so kuschelhaft und engselig.

Die silberklaren Quellen
englossen sich zu Tal,
es kändeln die Libellen
im goldnen Sonnenstrahl.
Die munteren Bächlein plauschen,
die Hirtenflöte schallt
und dunkle Wälder rauschen,
darin das Echo hallt.

Die grünen Fluren summern
im diamantnen Tau,
ein märchenhaftes Schimmern
umstrahlt die weite Au,
die lauen Winde raunen,
mild blaut das Himmelszelt
und alle Augen staunen:
Wie schön ist doch die Welt!

seiner ganzen Bedeutung für die Volkswirtschaft wieder zu Ehren kommt, erst dann können wir wieder vom Adel der Arbeit reden. Alle Bemühungen, die auf dieses Ziel gerichtet sind, werden von der Arbeiterschaft lebhaft begrüßt und besonders anerkannt. Bedenken wir immer, daß Arbeit Kultur und Kultur Arbeit bedeutet.

Wann ist die Arbeitskraft des Menschen am größten?

Man hat versucht, an Hand des Lebensablaufs bekannter Menschen festzustellen, ob die Arbeitskraft des Menschen nach einem bestimmten Gesetz in immer gleichen Perioden des Lebens in die Erscheinung tritt. Prof. Charlotte Bühler hat ihre Untersuchungen an vielen bekannten Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Kunst jetzt in einem umfassenden Werke niedergelegt, und sie beweist, daß es einen einheitlichen Ablauf in der Entfaltung der Schaffenskraft nicht gibt. Prof. Bühler, als Wiener Forscherin weithin bekannt, fand vielmehr vier Hauptarten der Leistungsverteilung.

Bei der ersten Hauptart liegt die Höhe der Leistungskraft am Anfang des Lebens, dann fällt die Kurve immer mehr. Aber die Beispiele scheinen zu beweisen, daß diese Art nicht die Regel ist. Bühler nennt als Beispiel einige Sänger und Bergsteiger und weiter Bessmer und Gabelberger.

Bei der zweiten Hauptart liegt der Gipfel in der Mitte des Lebens und hierfür werden als Beispiele Rodessler, Edison, Goen Hedlin, Bizet, Watt, Nobel, Ransen, Verdi, Feuerbach, Vessing, Hauptmann und andere genannt.

„Ach, wäre die Sache schon vorüber und ich säße hinter einer Maß Bier, um mich von dieser Anstrengung zu erholen!“

Am andern Morgen gilt sein erster Blick der Kunst des „Generalanzeigers“, wo ein defakter Kunstkritiker seinen geistigen Unrat abzuladen pflegt. Nachdem er dieses krause Zeug gelesen hat, ist der Herr Spießer in der Kreise seiner Mitbürger das soeben Aufgenommene als seine Meinung zu verbreiten, denn er ist ein geistiger Wiederkäufer.

Ein Arbeiter der Stien oder Faust, der arbeitertüchtig denkt, kann ob solchen Gebarens nur mitleidig lächeln. Wie so häufig in der vergreisten liberalistischen Welt, ist auch das Zurücktragen von Musikkenntnissen nur äußere Form, die weil es drinnen hohl und leer aussieht wie in einem ausgebrannten Krater.

Die Musik ist doch nicht ihrer selbst wegen da, ist doch kein Ding an sich, nein, sie ist die holde Gabe aus göttlichen Händen, in Leid und Weh, in Lust und Freude dem Menschen beizustehen.

Um vornehm zu tun, quält sich der Spießbürger durch die Konzerte der Saison hindurch und wagt den unmusikalisches zu nennen, der nicht die gleiche innere Unwahrhaftigkeit besitzt wie er. Und doch, das Volk, das sogenannte „gewöhnliche Volk“ der Arbeiter, besitzt auch ein Empfinden für die Welt der Töne wie fast alle Menschen. Zieht eine Musikkapelle durch die Straßen eines Arbeiterviertels, dann laufen zu beiden Seiten die Kinder in hellen Scharen mit, und Freude glänzt aus ihren Augen und ihrem ganzen Gesicht. Warum haben Schiffer und Seeleute fast immer einen auf ihrem Kahn, der ein Schiffsclavier, eine Ziehharmonika, sein eigen nennt und sie sachgemäß bearbeiten kann? Weil jeder nach harter Arbeit einmal gern zur Entspannung fröhliche oder schwermütige Tieder hören möchte.

Arbeiter und Musik.

Kunstgenuß als Feierstunde oder Wissenschaft?

Ansichten eines Laien und Arbeiters.

(Die hier niedergelegten Anschauungen geben dem Gefühl weitaus Kreise der deutschen Arbeiterschaft Ausdruck und sind eine begrüßenswerte Abjage an das Kunstbanausentum eines vergangenen Zeitalters. Wir bringen deshalb diese Ausführungen, weil hier ein deutscher Arbeiter ehrlich das ausdrückt, was Millionen mit ihm schon gefühlt haben, ohne dem bisher Worte gegeben zu haben. Die Schriftleitung.)

Musik ist eine Gabe des Himmels. Unsichtbar, unfaßbar entströmen den Instrumenten die Töne und schlagen in unserer Seele und unserem Gemüt die heiteren, ernstesten oder gar traurigen Saiten an.

Es gibt mancherlei Musik; angefangen von den einfachen Weilen der Volkslieder, über Militärmusik bis zu den Tonschöpfungen großer Meister, den Symphonien. Die Symphonie ist das höchste und Schwerste, ist die kunstvolle Spitze und Krönung eines in die Unendlichkeit strebenden Turmes. Nicht jeder wird die Spitze dieses hochragenden Turmes erklimmen können. Nur eine erlesene Schar, eingeweiht in die innere Struktur des Bauwerkes, wird das vermögen.

Im bürgerlichen Leben gehört es heute immer noch zum guten Ton, Symphoniekonzerte zu besuchen. Der Arbeiter der Faust und der Stirn, der einmal eine solche Veranstaltung besuchte, ist ehrlich genug, sich zu sagen: „Ich kann nicht folgen und langweile mich“ — falls er nichts davon versteht.

Bei dem Spießbürger ist das anders. Er sitzt, weil es sich nicht, im Konzertsaal und munt Ländacht, während er denkt:

Elfter preußischer Grubensicherheitsbericht.

Das Preußische Grubensicherheitsamt veröffentlicht in der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ den Bericht über die Grubensicherheit im Jahre 1931. Das ist der elfte Bericht seit Bestehen dieses Amtes. Eigentlich erscheinen diese Berichte mit großer Verspätung, denn mehr als fünf Vierteljahre nach Jahreschluß ist eine reichlich große Zeitspanne. Wie immer, so ist auch dieser Bericht eine unerschöpfliche Fundgrube für alle, die sich mit der Bekämpfung der Unfallgefahren und dem Gesundheitsschutz im Bergbau befassen. Die beiden Hauptteile, nämlich II. Teil Unfälle und III. Teil Unfallverhütung und Gesundheitsschutz, wollen wir in den nächsten Nummern unserer Zeitung gesondert behandeln. Heute wollen wir uns auf die Teile I und IV bis VI beschränken.

In der Einleitung wird auf die im Berichtsjahre besonders vorgenommenen wissenschaftlichen Arbeiten einzelner Institute und Personen hingewiesen, so z. B. auf die Untersuchungen von Prof. Strauß (Berlin) über das Klima heißer Gruben; Prof. Schmidt (Berlin) über die Geschwindigkeitsmesser bei der Schachtförderung; Prof. Mainka (Ratibor) die Untersuchungen über Bergerschläge und Erderstürzungen in Oberschlesien; Prof. Ruff (Wreslau) das Wesen der Gasausbrüche; Prof. Steinbrecher (Freiburg) die Explosionsgefährlichkeit des Braunkohlstaubes; Dr. Bode (Berlin) die Petrographie (Gesteinsart) ausbruchgefährlicher Gesteine. Der Bericht sagt, daß das Grubensicherheitsamt es als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet, unbefehdet der Selbständigkeit der Forscher Sammelstelle für grubensicherheitsliche Forschungen zu sein. Wir verpflichten dem unbedingt bei: es ist nicht nur eine Sammel-, sondern auch eine Auswertungsstelle notwendig.

Bergbehörde und Bergpolizei (Teil I).

Am 31. Oktober 1931 trat das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juni 1931 in Kraft. Dadurch wurde das Bergpolizeiwesen insofern berührt, als alle Bergpolizeiverordnungen, die seit 30 Jahren in Geltung sind, am 1. April 1932 außer Kraft treten sollten. Es ergaben sich Schwierigkeiten, weil unter diese Bestimmung die Bergpolizeiverordnung des Oberbergamts in Breslau fiel. Andererseits bemüht sich aber die preußische Bergbehörde, möglichst einheitliche Bestimmungen für den gesamten preußischen Steinkohlenbergbau zu bekommen. Durch Initiationsgesetz des Landtags vom 22. Februar 1932 wurde dieser Termin auf den 1. April 1933 hinausgeschoben. Der Vollständigkeit halber bemerken wir, daß auch im Jahre 1933 dieser Termin um ein weiteres Jahr hinausgeschoben wurde. Der Entwurf einer Bergpolizeiverordnung für den preußischen Steinkohlenbergbau ist bereits vor längerer Zeit erschienen. Die endgültige Verabschiedung hat sich jedoch hinausgezögert. Wir dürfen wohl die Hoffnung aussprechen, daß auch den Anregungen der Bergarbeiter in dem Entwurf Rechnung getragen wird.

Das Oberbergamt Breslau hat im Berichtsjahre das Gesteinslabverfahren und die Schutzbestäubung auf Steinkohlenbergwerken so weit gefördert, daß die Durchführung am 4. Februar 1932 erfolgen konnte. Gleichfalls wurden im Oberbergamtsbezirk Bonn dieselben Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Bemerkenswert ist, daß im Oberbergamtsbezirk Bonn im Berichtsjahre Maßnahmen veranlaßt wurden, durch die der Verschleiß von Leuten festgestellt werden kann, die außerhalb der regelmäßigen Seilfahrt aus besonderem Anlaß ein- und ausfahren.

Ueber die Betriebsvertretungen sagt der Bericht, daß sie in verständnisvoller Weise mit den Bergbehörden und den Grubenverwaltungen zusammengearbeitet haben. Aus ihrer Kenntnis der praktischen Verhältnisse heraus haben sie zahlreiche gute Anregungen gegeben. Die Grubensicherheits-Hauptkommission hat am 19. Dezember 1930 eine Sitzung abgehalten.

Grubenrettungswesen und erste Hilfe (Teil IV).

Der Ausschuss für das Grubenrettungswesen hat am 21. November des Berichtsjahres in Berlin, der Arbeitsausschuss am 11. und 12. September in Dresden getagt. Nach unserer Meinung sollte man hier auch die Bergarbeiter mehr zur Mitarbeit zulassen, denn schließlich sind es ja die Bergarbeiter, die aus Gefahren zu retten sind.

Im Berichtsjahre wurden Grubenwehren 563mal eingesetzt, und zwar 503mal zur Erhaltung von Sacheigentum und 60mal zur Rettung gefährdeter Personen. Bei Rettungsarbeiten ereigneten sich zwei Unfälle von Geräterägern, wovon einer tödlich verlief. Diese Unfälle scheinen im Verlauf der Jahre langsam zurückzugehen. In den drei Jahren 1923 bis 1925 verunglückten z. B. zusammen 11 Rettungsleute tödlich und 31 erlitten Verletzungen. In den nachfolgenden Jahren gingen diese Unfälle zurück und zeigen im Berichtsjahre einen besonders günstigen Stand.

Die Zahl der im preußischen Bergbau vorhandenen Rettungsgeräte betrug im Berichtsjahre 3029; davon waren 2488 freitragende und 541 Schlauchgeräte. Im Jahre 1925 betrug die Zahlen z. B. insgesamt 2931, davon 2611 freitragende und 320 Schlauchgeräte.

Unterweisung über Unfallverhütung (Teil V).

Die Berggewerkschaftliche Versuchsstrecke in Dortmund-Derne hat die Schießvorführungen vor den Belegschaften auf den Zechen weitergeführt, um den Belegschaften die mit der Schießarbeit verbundenen Gefahren einzudeutlich zu zeigen. Auf den Steinkohlengruben des Oberbergamtsbezirks Bonn wurde für Wettermänner, Schießberechtignte und Betriebsvertretungen der Unterricht im Ableuchten an Hand besonderer Einrichtungen über Tage eingeführt. Gleichfalls haben die Bergrevierbeamten auf den Steinkohlengruben des Oberbergamtsbezirks Bonn Aufklärungsvorträge vor Aufsichtspersonen über die Durchführung des Gesteinslabverfahrens gehalten. Im Oberbergamtsbezirk Clausthal haben im Benehmen mit dem Deutschen Kalivererein Ingenieure der Dampfessel-Überwachungsvereine wiederum Belegungsstunden für das Personal der elektrischen Betriebe abgehalten.

Der Lehrfilm des Grubensicherheitsamtes wurde von Prof. Wempe in 300 Vorträgen vor Ruhrbergleuten vorgeführt. Die Zeitschrift „Grubensicherheit“ erschien im Berichtsjahre in sechs Hefen und hatte einen Abzug von 28 700 Exemplaren.

Vom 25. Juni bis 5. Juli fand in Köln die Ausstellung „Grubensicherheit“ statt, die von rund 18 000 Personen besucht wurde. Eine Reihe von Grubenverwaltungen hat den Aufsichts-

personen und den Betriebsauschussmitgliedern den Besuch der Ausstellung durch Uebernahme der Reisekosten ermöglicht. Im Bericht wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das wertvolle Material der Ausstellung erhalten bleiben möge, um es in besseren wirtschaftlichen Zeiten zu einer kleinen Wanderausstellung zu vereinigen, die in den Bergbaubezirken den Belegschaften gezeigt werden könnte. Bekanntlich hat sich auch unser Verband an dieser Ausstellung beteiligt. Wir wünschen, daß sich der vom Grubensicherheitsamt ausgesprochene Wunsch ermöglichen läßt.

Die Versuchsgrube (Teil VI).

Es wird berichtet, daß die im Jahre 1930 begonnenen Zündversuche zur Untersuchung der Schlagwettergefährlichkeit verschiedener Sprengstoffe und verschiedener Schußanordnungen unter betriebsmäßigen Bedingungen fortgesetzt und auf sämtliche zur Zeit im Gebrauch befindlichen Wetterprengstoffe ausgedehnt wurden. Uns erscheint es zweckmäßig, zunächst einmal den vollständigen Abschluß der Versuche abzuwarten, bevor wir irgendwie dazu Stellung nehmen. Uebrigens liegt darüber auch ein gedruckter Bericht der Versuchsgrubenleitung vor, der allerdings auch noch kein abschließendes Bild gibt.

Die Arbeiten zur Erforschung des Verlaufs von Explosionen sind fortgeschritten. Es wurden bisher 30 Grubenexplosionen vorgenommen, und zwar 20 reine Schlagwetterexplosionen, 7 Kohlenstaubexplosionen, die durch eine Schlagwetterexplosion eingeleitet wurden, und 3 reine Kohlenstaubexplosionen. Dabei sind die reinen Kohlenstaubexplosionen, für welche große Mengen von Fettkohlstaub auf 50, 100 und 150 Meter Streckenlänge verstreut waren, am weitesten gelaufen, haben also die stärkste Explosionswirkung hervorgebracht, während die reinen Schlagwetterexplosionen im Vergleich zu den anderen eine geringere Ausdehnung und entsprechend schwächere Wirkung zeigten. Der Grund hierfür liegt aber darin, daß es im allgemeinen nicht gelungen ist, den ziemlich weiten Querschlag, der zunächst zur Anstellung der Explosionsversuche dient, mit seinen Erweiterungen, Ausstellungen in der Firse und sonstigen durch Explosionswirkungen allmählich geschaffenen beträchtlichen Hohlräumen auf große Längen mit einem gleichmäßigen Schlagwettergemisch auszufüllen. Die Explosionen, bei denen 600 Kubikmeter Schlagwetter zur Explosion gebracht wurden, stellten sich nach den dabei gewonnenen Aufzeichnungen in der Regel als eine sehr schnelle Aufeinanderfolge vieler kleiner Teilexplosionen dar. Demgegenüber ließen die Kohlenstaubexplosionen einen einheitlichen Verlauf erkennen. Bei einer der Kohlenstaubexplosionen wurde mit Hilfe eines neuartigen Druckmeßgerätes ein Winddruck bis zu 7 Kg. je Quadratzentimeter und mit Hilfe eines in den Streckenstoß eingebauten Indicators (Anzeiger) ein statischer Ueberdruck von rund 10 Atmosphären festgestellt. Nachdem der Verlauf solcher Explosionen durch die bisherigen Versuche einigermaßen geklärt ist, sollen nunmehr die verschiedenen Bekämpfungsmittel auf ihre Wirksamkeit untersucht werden.

Nach Abschluß der Seiltrutzversuche, durch welche die für die Reibung zwischen Köpfscheibe und Förderseil maßgebenden Verhältnisse untersucht und insbesondere die Reibungszahlen ermittelt wurden, ging man an die Prüfung von sogenannten Klemmscheiben. Es sind jene Scheiben, die das Seil während seines Laufs über die Scheibe festgeklemmt halten. Solche Seilscheiben sollen hauptsächlich in Blindschächten Verwendung finden. Da bei diesen Scheiben im allgemeinen eine hinreichende Sicherheit gegen Seiltrutz vorausgesetzt werden kann, so besteht der Hauptzweck der Versuche in der Ermittlung des Einflusses der Klemmscheiben auf die Haltbarkeit der Seile. Für diese Versuche wurde im Schacht I auf der 10. Sohle ein elektrischer Haspel mit automatischer Umsteuerung eingebaut. Durch diese Förderung, die immer automatisch hin und her geht und bei der nebst einer Köpfscheibe eine Klemmscheibe auf derselben Welle angeordnet ist, soll der Verschleiß der Seile zueinander festgestellt werden.

Unabhängig von diesen Versuchen gingen die Arbeiten zur Erhöhung der Sicherheit für Hauptschachtförderung weiter. Es

wurden Meßverfahren ausgearbeitet, die die Beanspruchung des Zwischengeschirrs durch dynamische Einwirkungen, insbesondere durch Seilchwingung hervorgerufene Zusatzbelastungen während eines Förderzuges anzeigen. Hierfür wurde in das Zwischengeschirr eine Meßflasche aus Chromnickelstahl eingebaut, die verhältnismäßig große Dehnungen bei Belastungsveränderungen zuläßt. Diese Dehnungen werden dann durch eine Diamantspitze auf ein kleines Glasplättchen scharf eingegrift. Die Versuche haben gezeigt, daß solche Aufzeichnungen auf die Einflüsse bei der Schachtförderung gewisse Schlüsse zulassen.

Auch die Fangvorrichtungen bzw. ihre Auslösevorrichtungen werden Prüfungen unterzogen. Die Versuche sind noch nicht abgeschlossen.

Wichtige Neuerungen auf dem Gebiete des Seilfahrtswesens. Neuartige Seilfauche und Auffangvorrichtung.

In letzter Zeit wurden zwei wichtige Neuerungen geschaffen, die für das Gebiet des Seilfahrtswesens beachtenswert sind.

Bergwerksdirektor Droste hat eine Seilfauche erfunden, die umwälzend wirken dürfte. Das Seil braucht nicht mehr wie bisher mit Klemmbändern befestigt zu werden. Es wird in der Rauhe selbst festgeklemmt, und zwar derart, daß es nicht nur fest genug sitzt, sondern auch besser gesichert gegen Beschädigung unmittelbar am Einband ist. Auch die Längenausgleichsvorrichtung kann wegfallen, weil der Ausgleich durch die Rauhe selbst vorgenommen werden kann. Dadurch erzielt man nicht nur eine Gewichtsverminderung, auch die jetzt vorgeschriebene Höhe des Schachturms kann dadurch vermindert werden.

Die Rauhe besteht aus einer äußeren Hülse, die in der gewohnten Form das Seil umschließt. In dieser Hülse befindet sich ein Herzstück, das in die Seilfauche hineingelegt wird. Die Seilfauche wird also mit diesem Herzstück in die äußere Hülse hineingezogen und zieht sich durch das Gewicht des Förderkorbes fest. Diese Neuerung ist insbesondere wegen des Fortfalls der Längenausgleichsvorrichtung zu begrüßen. Das große Seilfahrtsunglück auf Zechen Dorfstedt beispielsweise wurde durch die Längenausgleichsvorrichtung hervorgerufen.

Eine andere sehr wichtige Neuerung ist eine Fangvorrichtung, Bauart Wedag-Scherrer. Diese Fangvorrichtung soll nicht, wie bei den üblichen, vermittels einer Feder in Wirkung treten, sondern durch ein Langgewicht ausgelöst werden. Das System ist zwar nicht neu, jedoch hat es die Herstellerfirma Westfalia-Dinnendahl-Gröppel bedeutend verbessert. Mehrfache Vorfahrungen im Versuchsturm genannter Firma zeigten eine fabelhafte Wirkungsweise. Hoffentlich bewährt sich die Vorrichtung auch in der Praxis. Sie ist auch bereits auf einigen Zechen in der Einführung begriffen.

Außerdem sei noch auf den vorstehenden elften Bericht des Grubensicherheitsamtes hingewiesen, wo am Schlusse gesagt ist, daß sich auch die Versuchsgrube mit diesem Problem beschäftigt.

Das Langgewicht beruht bekanntlich auf dem Prinzip der Selbständigkeit, der ein Gewicht ausgesetzt ist, wenn es einem anderen fallenden Gegenstand freihängend angeschlossen ist. Wenn man z. B. ein solches Gewicht auf einem Bolzen verschiebbar anordnet und nun zwischen dem Bolzen und dem Gewicht eine Feder einbaut, dann wird diese Feder anfangen zu wirken, wenn man beide Teile (Bolzen und Gewicht) frei fallen läßt. Die an sich schwache Feder, die sonst nicht in der Lage wäre, das Gewicht hochzuheben, drückt nun den Bolzen und das Gewicht während des Falles auseinander.

Die von der vorgenannten Firma hergestellte Vorrichtung enthält das Langgewicht in einem Delbehälter. Wird das Gewicht beispielsweise durch starke Fahrbeschleunigung in Schwingungen verlegt, so wirkt das Del dämpfend. Dadurch sollen unpaßliche Auslösungen verhindert werden.

Physiologie der Arbeit.

Preßluftwerkzeuge rufen Gelenkschädigungen hervor.

Auf der Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hielt der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, Professor Wjler, einen bedeutungsvollen Vortrag über Arbeitsphysiologie. Nachstehend folgt das Wesentliche seiner Ausführungen:

Die Arbeitsphysiologie zeigt dem berufstätigen Menschen, wie er seine Arbeitskraft voll ausnützen kann, ohne befürchten zu müssen, daß er sich vorzeitig abnützt. Bei Schwerarbeit erreicht man dieses Ziel, indem man für jedes Arbeitselement, also z. B. Hämmer, Schaufeln, Gewichtsheben usw., mit Hilfe des Atmungsapparates die günstigste Arbeitsbelastung und das günstigste Arbeitstempo festlegt. Damit hat man aber auch die Grundlagen, um die Länge der notwendigen Arbeitspausen zu berechnen.

Da die Leistungsbereitschaft des menschlichen Organismus an den verschiedenen Tagesstunden gesetzmäßig schwankt, so muß man die Arbeitsintensität diesen Schwankungen genau anpassen. Bei Fließarbeit erreicht man dies durch einen arbeitsphysiologisch richtig erfolgenden Wechsel der Bandgeschwindigkeit im Laufe des Arbeitstages. Bei freier Arbeit, wo kein Band verwendet werden kann, kann man die Arbeitsintensität der physiologischen Leistungskurve anpassen, indem man vor den Arbeiter eine Art Uhr hinstellt, an welcher er ablesen kann, ob er an den einzelnen Tagesstunden zu schnell oder zu langsam arbeitet.

Sehr wichtig ist für alle Arbeitsformen die richtige Zahl, Lage und Dauer der Arbeitspausen. Im allgemeinen empfiehlt es sich bei freier Arbeit, Pausen von mindestens fünf Prozent der Arbeitszeit zu gewähren. Man kann diese Pausen in gleichmäßiger Verteilung in Form von Kurzpausen anbringen, oder je eine kürzere oder längere in die Vormittags- oder Nachmittagsarbeit einschalten. Bei der Anordnung des Arbeitsplatzes muß man neben richtiger Lagerung von Material und Werkzeug auf die jeweils zweckmäßigste Körperstellung achten. Einer richtig konstruierten Sitzgelegenheit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sehr wichtig ist, daß man es ver-

meidet, bestimmte Muskelgruppen einseitig zu beanspruchen. Und vor allem muß der ganze Arbeitsprozeß so gestaltet sein, daß Ausgleichsbewegungen möglich sind. Manche Büromöbel verstoßen gegen diese Grundfäche.

Werkzeuge und Maschinen müssen so beschaffen sein, daß der Arbeitende vor Schaden geschützt ist. Preßluftwerkzeug z. B. kann durch seinen starken Rückschlag zu Gelenkschädigungen führen. Mittels einer hinreichenden Methode wurde es möglich, diese Rückschlagkurve aufzuzeichnen, während der Arbeiter mit dem Preßluftwerkzeug arbeitet. Diese Kurven gestatten es, konstruktive Veränderungen zu treffen, welche den gefährlichen Rückschlag beseitigen.

Selbst das Auto mußte sich eine arbeitsphysiologische Untersuchung gefallen lassen, weil in ihm unter Umständen Personen von einem Unwohlsein befallen werden können. Es ergab sich, daß im Innern mancher Wagen vom Motor her sich Kohlenoxyd in so hoher Konzentration anhäufen kann, daß die Insassen von einer leichten Kohlenoxydvergiftung befallen werden.

Auch die Ernährungswissenschaft steht heute vor neuen Problemen. Breite Massen leiden heute nicht allein unter einem Mangel an hochwertigen Eiweißstoffen und Vitaminträgern, sondern sie entbehren auch vielfach wichtige Mineralsalze. Die Ursache scheint darin zu liegen, daß zuwenig Milch- und Molkeereiprodukte genossen werden.

Starke Sinken der Unfallziffer im Ruhrbergbau.

Das Preußische Oberbergamt in Dortmund veröffentlicht einen Bericht über die Gesamtunfälle (Verletzte und Tote) im ersten Vierteljahr 1933 im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Erfreulicherweise können wir ein beachtliches Sinken der Unfallziffer feststellen.

Zeit	Gesamtunfälle		Tötliche Unfälle	
	zusammen	auf 1000 Beschäftigte	zusammen	auf 1000 Beschäft.
Wierteljahresdurchschnitt 1901—1910	—	—	165	0,573
Wierteljahresdurchschnitt 1925—1932	15 327	50,464	166	0,545
1. Vierteljahr 1933	7 061	42,488	65	0,591

Familienermäßigung im Lohnsteuerrecht.

Der Reichsfinanzhof hat lehtin zwei Entscheidungen gefaßt, die für alle Lohnsteuerpflichtigen mit minderjährigen Kindern von großer Bedeutung sind. Es handelt sich um die Auslegung der §§ 52 und 70 des Einkommensteuergesetzes; beide behandeln die Berücksichtigung minderjähriger Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren bei der Berechnung der Familienermäßigungen. Für die zum Haushalt zählenden Kinder bis zu 18 Jahren wird die Familienermäßigung stets gewährt, gleichviel, ob die Kinder Arbeitslohn beziehen oder Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit haben oder nicht. Sind sie über 18 Jahre alt, aber noch minderjährig, so werden die Kinder nur dann berücksichtigt, wenn sie ohne Arbeitslohn oder sonstige Einkünfte sind. Soweit über die gesetzlichen Vorschriften, nun ihre praktische Auslegung.

Ein Vater forderte für seine über 18 Jahre alte Tochter, die als Lehrling gegen ein geringes Taschengeld beschäftigt war, im Wege der Steuerveranlagung die übliche Familienermäßigung. Er begründete sein Verlangen mit der Feststellung, daß das Taschengeld nicht einmal die notwendigen Ausgaben der Tochter decke, die diese für ihre Ausbildung aufwenden müsse, das Mädchen sei also praktisch ohne Einkünfte. Diesen Einwand ließen die unteren Steuerbehörden nicht gelten, sie wiesen den Vater mit seiner Forderung ab. Einen anderen Standpunkt nahm erfreulicherweise der Reichsfinanzhof ein. In seiner Entscheidung (VI A 267/32) heißt es sinngemäß: Eine Nichtberücksichtigung der Tochter bei der Berechnung der Familienermäßigungen sei nur dann rechtmäßig, wenn ihr Taschengeld oder Lohn höher gewesen sei als ihre Werbungskosten, d. h., wenn nach Abzug der Werbungskosten und der mit der betreffenden Einkommensart im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden sonstigen Ausgaben (§ 15 Abs. 2 EStG.) von den Hoheinznahmen (Taschengeld, Lohn oder sonstige geldliche Entschädigungen) noch ein Einnahmeüberschuß oder Gewinn übriggeblieben wäre. Das sei indessen nicht der Fall, daher sei das Verlangen des Vaters berechtigt.

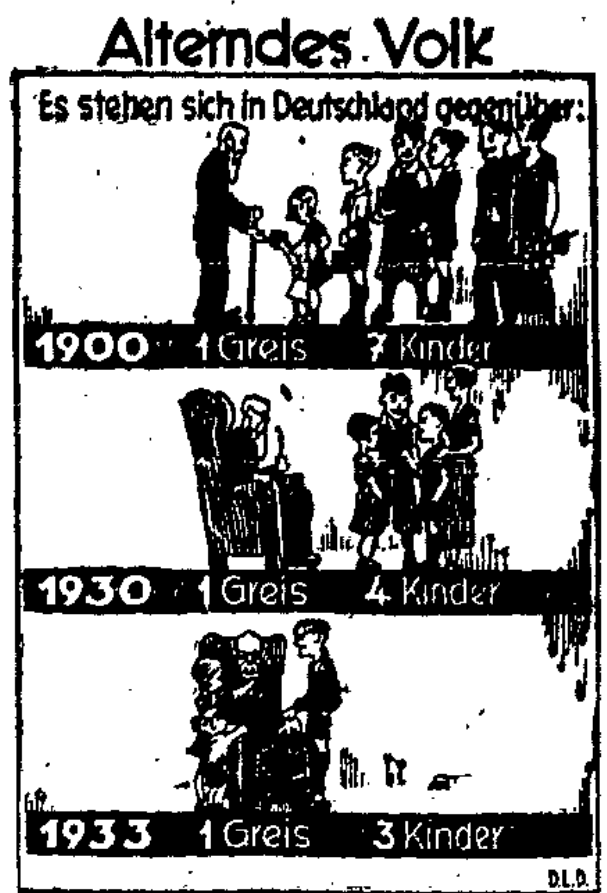
Wer sich in der gleichen Lage befindet wie jener Vater, dem wir dieses Urteil des Reichsfinanzhofes verdanken, und nur Lohnsteuerpflichtig ist, insobedessen nicht ohne weiteres zur Einkommensteuer veranlagt wird, der beantrage jeweils am Jahresluß bei seinem zuständigen Finanzamt seine Veranlagung,

denn nur auf diese Weise kommt er in den Genuß der ihm gesetzlich zustehenden Familienermäßigungen.

Nicht minder wichtig ist die andere Entscheidung des Reichsfinanzhofes. Ihr lag folgender Sachverhalt zugrunde: Ein Vater hat einen über 18 Jahre alten, aber noch minderjährigen Sohn, der bei der am 10. Oktober erfolgten amtlichen Personenstandsaufnahme in Beschäftigung stand und ein eigenes Arbeitseinkommen hatte. Er wurde daher von der Gemeindebehörde bei Ausstellung der Steuerkarte mit Recht nicht als Familienmitglied eingetragen, für das dem Haushaltungsvorstand die Familienermäßigung zusteht. Als der Sohn im Laufe des Steuerjahres arbeitslos wurde, beantragte der Vater eine Berücksichtigung seiner Steuerkarte dahingehend, daß der arbeitslose 19jährige Sohn bei der Berechnung der Lohnsteuer jetzt mit als Familienmitglied gilt. Auch er hatte damit bei den unteren Behörden kein Glück. Der Reichsfinanzhof entschied aber auch hier zugunsten des Steuerpflichtigen. Seine Entscheidung (VI A 427/32) weist auf den Wortlaut des § 70 EStG. hin, aus dem klar hervorgehe, daß bei der Berechnung der Familienermäßigungen auch minderjährige Kinder von mehr als 18 Jahren mitgerechnet werden müssen, wenn sie ohne Einkommen sind. Der 19jährige Sohn, um den es sich in dem Streitfall handle, sei ohne Einkommen, denn er sei nachgewiesenermaßen arbeitslos. Arbeitslosen-, Arisen- und Wohlfahrtsunterstützung ist kein steuerpflichtiges Einkommen. Dem Vater stehe für seinen Sohn die Familienunterstützung also zu. Da für die Berechnung der Lohnsteuer die Eintragung in der Steuerkarte maßgebend sei, müsse diese von der zuständigen Gemeindebehörde auf Antrag des Vaters entsprechend berichtigt werden.

Die Rechtslage ist also die: Wird ein über 18 Jahre altes, aber noch minderjähriges Kind erst nach der in der Regel am 10. Oktober jedes Jahres erfolgenden Personenstandsaufnahme arbeitslos, so kann der Vater bei seiner Gemeindebehörde eine dahingehende Berichtigung seiner Steuerkarte beantragen. Von der nächsten Lohn- und Gehaltszahlung an gilt dann bei der Berechnung der Lohnsteuer die höhere Familienzahl.

Ein solcher Antrag auf Berichtigung der Steuerkarte ist auch dann zu stellen, wenn die Familie durch Geburt oder Annahme eines Kindes größer geworden ist. Solange ein solcher Antrag nicht gestellt ist, bleibt es bei der alten Eintragung, d. h., der Familienvater zahlt mehr Steuern, als er gesetzlich verpflichtet ist.



Ein Vorstoß der deutschen Bevölkerungsbewegung? Bewegt sich die Entwicklung des deutschen Volkes in Zukunft in den gleichen Bahnen wie in den letzten Jahrzehnten, hält der Geburtenrückgang an, dann wird die „Verkürzung“ unseres Volkes unausbleiblich sein. Im die Jahrhundertende war das Zahlenverhältnis der Jugend zum Alter durchaus normal; wir waren ein wachsendes Volk. Im Jahre 1930 tritt der Umschwung in besorgniserregender Deutlichkeit hervor. Die Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) verhält sich zur Zahl der alten Leute (über 65 Jahre) nur mehr wie 4:1. Mit jungem Nachwuchs fehlt es, eine Ueberalterung des gesamten Volkstörpers wird erkennbar. Findet das deutsche Volk nicht aus dem Irrgarten materialistischer Lebensauffassung heraus, erwacht nicht neuer Familienstolz, dann drohen schwere Gefahren für Deutschlands Zukunft. Politisch, wirtschaftlich und sozial wären die Folgen eines unaufhaltsamen Geburtenrückganges in ihrer verhängnisvollen Wirkung gar nicht abzusehen. Ein Notstand auf allen Gebieten des Volks- und Staatslebens würde eintreten, wie er erst jetzt nicht gedacht werden kann.

Treuhänder der Arbeit.

Die Reichsregierung hat ein neues Gesetz geschaffen, das für die nächste Zeit von außerordentlicher Wichtigkeit für unser ganzes wirtschaftliches Leben sein wird und das vor allen Dingen für die Arbeitnehmerschaft von überaus großer Bedeutung ist. Es ist das Gesetz über Treuhänder der Arbeit. Es sieht vor, daß für größere Wirtschaftsgebiete Männer gestellt werden, die die verantwortungsvolle Aufgabe haben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

Diese „Regelung“ hatten bis vor einigen Monaten die sogenannten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, also die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, vorgenommen. Und wenn wir das Wort Regelung in Anführungszeichen setzen, so deshalb, weil den Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fast regelmäßig ein mühsamer Kampf vorausging und weil es beim Abschluß des „Friedensvertrages“, in unserem Falle also des Tarifvertrages, immer Sieger und Besiegte gegeben hat. Für die Arbeitnehmerschaft waren die Friedensabschlüsse dieser unzähligen großen und kleinen wirtschaftlichen Bürgerkriegsschlachten und -gefechte von recht unangenehmem Beigeschmack, weil sie fast immer die Besiegte war.

Wir NSDAP-Leute verkünden mit dieser Kennzeichnung der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts Neues. Wir haben in ungezählten Artikeln und in unzähligen öffentlichen und Betriebszellenversammlungen das geübte System der Tarifierung der Arbeitsleistung als falsch hingestellt. Wir haben auch nie veräußert, den Angestellten und Arbeitern, aber auch den Arbeitgebern aufzuzeigen, daß eine fruchtbare Festlegung des Arbeitseinkommens nur dann möglich sei, wenn wir den Weimarer Marxismus zerstäuben und an seine Stelle den deutschen Sozialismus setzen.

Das kann nicht ein Werk von einigen Tagen sein. Wir stehen ja erst an den Anfängen der nationalsozialistischen Revolution, die freilich von Tag zu Tag immer höher schwillt und erst dann ihr Ende erreicht haben wird, wenn jeder einzelne Volksgenosse von innen heraus Nationalsozialist geworden ist.

Einen kleinen Ausschnitt unserer Revolution nun erleben wir mit der Berufung der Treuhänder der Arbeit. Diese Einrichtung soll nur eine vorläufige sein. Sie wird abgelöst werden, wenn einmal die berufstätige Bevölkerung der Wirtschaft und der Arbeit vollständig aufgebaut sein wird. Bis dahin regeln also die Treuhänder an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und einzelnen Arbeitgebern rechtsverbindlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Diese Aufgabe ist keineswegs leicht.

Die Männer, denen dieses hohe Amt übertragen wird, haben zu handeln keinem zuliebe und keinem zuwider. Sie werden auf beiden Seiten — bei der Wirtschaft und bei der Arbeit — noch Gruppen vorfinden, die aus ihrer Haut noch nicht herausgefunden haben; die einen, die im andern immer noch den Klassengegner sehen, die andern, die sich eine „Sanierung der Wirtschaft“ nur durch die Senkung der Kaufkraft — den Lohn- und Gehaltsabbau — vorstellen können.

Sie finden aber auch jene Gruppen vor, die sie immer als getreue Helfer und Mittläufer auf ihrer Seite haben werden.

Innerhalb der Wirtschaft hat sich die große Gruppe jener gesammelt, die den liberalistischen Krämergeist als das erkannt hat, was er ist: Todfeind einer gesunden Volkswirtschaft, weil Diener und Knecht des Kapitalismus — und die einer Wirtschaftsförmigkeit, in der das Kapital der Wirtschaft, die Wirtschaft aber dem Volke zu dienen hat.

Dann steht da die Front der Arbeiter, diese unüberwindliche Phalanx, die wachsam bereit ist. Und diese zwei Formationen stehen Rücken an Rücken, in einem Geiste geführt — sie bilden die Front der deutschen Arbeit.

Die Treuhänder der Arbeit werden an ihr den Rückhalt finden, den sie gar manches Mal brauchen werden. Die deutsche und nationalsozialistische Arbeitnehmerschaft ist immer opferbereit gewesen und wird es bleiben. Sie bäumt sich nur dann auf, wenn sie allein Opfer tragen soll, sie ist zu allem Schweren bereit, wenn auch die andern ihre Opfer darrbringen.

Wenn alle ihre Habgucht, ihre Raffgier, ihren Egoismus, ihre Vorurteile ablegen, dann werden die Treuhänder der Arbeit jene Grundmauern zur sozialen Verfassung aufrichten können, auf denen das Haus der Volksgemeinschaft als Bollwerk gegen alle Feinde des deutschen Volkes erstehen wird.

Die Revolution geht weiter!

Neuer Oberberghauptmann.

Oberberghauptmann Flemming wurde auf seinen Antrag sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt und der Bergassessor a. D. Winnacker zum Oberberghauptmann ernannt.

Gesetz über Ehrenämter in der sozialen Versicherung und der Reichsversorgung.

Die Reichsregierung hat durch Gesetz vom 18. Mai d. J. beschlossen, daß Inhaber von Ehrenämtern nach der Reichsversicherungsordnung, nach dem Angestelltenversicherungsgesetz, dem Reichsknappschaffsgesetz und dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ihres Amtes enthoben werden können. Soweit jedoch eine Neubefugung der Ämter alsbald erforderlich ist, können bis zur endgültigen Regelung Personen aus den Kreisen, die nach dem Gesetz gewählt oder berufen werden können, vorläufig berufen werden. Diese Maßnahme gilt auch für die Beisitzer in der sozialen Fürsorge und für den Versorgungsberechtigten bei den Spruchbehörden der Reichsversorgung. Sie gilt ebenfalls für die Mitglieder der Organe der Kassenvereinigungen. Die Amtsenthebung und Neubefugung wird vorgenommen bei dem Reichsversicherungsamt und dem Reichsversorgungsgesetz durch den Reichsarbeitsminister, bei den übrigen Versicherungs- und Versorgungsbehörden durch die oberste Landesbehörde, bei den Krankenkassen und Kassenverbänden, sofern die Aufsicht einem Reichskommissar oder einer besonderen Behörde übertragen ist, diese, sonst das Oberversicherungsamt. Bei den übrigen Versicherungsorganen einschließlich der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den Kassenvereinigungen ist die Aufsichtsbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle zuständig. Die Amtsenthebung und Neubefugung kann von der in Frage kommenden Stelle mit rückwirkender Kraft genehmigt werden, selbst wenn sie vor Inkrafttreten dieses Gesetzes von einer nicht zuständigen Stelle verfügt worden ist.

Für die Amtsenthebung und Neubefugung gelten im allgemeinen die Grundzüge des Gesetzes zur Wiederherstellung des

Etwas über das Arbeitszeugnis.

Bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses kann nach § 630 BGB. jeder Arbeiter oder Angestellte von seinem Arbeitgeber ein schriftliches Zeugnis über das Arbeitsverhältnis und dessen Dauer fordern. Zu den Erfordernissen, die an ein Zeugnis zu stellen sind, gibt das Reichsarbeitsgericht in einer Entscheidung vom 22. Februar 1933 folgende Anweisungen:

Für die tatsächlichen Angaben in einem Zeugnis, d. h. die Art der Beschäftigung, ist der Zweck des Zeugnisses entscheidend. Es soll der Bewertung des Arbeitnehmers um eine neue Stelle dienen. Hierbei ist von ausschlaggebender Bedeutung, welche Arbeit der Stellungsbewerber in seiner früheren Stellung verrichtet hat, weil sich daraus beurteilen läßt, ob er sich für die neue Stelle eignet. Ob und in welchem Umfang die Art der Tätigkeit genauer geschildert werden muß, ist je nach dem einzelnen Falle verschieden. Jedenfalls muß die Art der Beschäftigung so geschildert werden, daß sich der neue Arbeitgeber ein hinreichend genaues Bild von ihr machen und im allgemeinen die Eignung des Bewerbers für die neue Stellung beurteilen kann. Werden Angaben über Leistungen und Führung verlangt, so muß der Arbeitgeber ein wahrheitsgemäßes, die gesamte Tätigkeit zusammenfassendes und auf Tatsachen gestütztes Urteil abgeben. Die Ausführung eines lediglich vereinzelt vorgegangenen, die für die Arbeitsweise des Arbeitnehmers nicht charakteristisch ist und zur allgemeinen Beurteilung nicht gehört, kann als unrichtige Beurteilung angesehen werden. Im RAG. Bd. 2 S. 336 hat das RAG. die Angabe eines bloßen Verdachts einer strafbaren Handlung für unzulässig erklärt, da diese Mitteilung von jedem Dritten dahin verstanden werden müsse, daß der Arbeitgeber den Angestellten dieser Handlung für fähig halte.

Wir bringen diese Notiz deshalb, um unsere Kameraden mit den gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Zeugnisses vertraut zu machen.

Berufsbeamtentums vom 7. April d. J. und der dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen. Die Entscheidungen der zuständigen Stellen sind endgültig. Die Befugnisse der Amtsenthebung und der Neubefugung sind für die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte dem Präsidium des Direktoriums, für die Reichsknappschaff den Reichskommissaren und für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dem Präsidium, der sie auf die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter übertragen kann, übertragen worden.

Durch dieses Gesetz nebst Verordnung besteht die Möglichkeit, daß sämtliche gewählten Vorstandsmitglieder der Reichsknappschaff sowie der Bezirksknappschaffen, ebenfalls die Beisitzer an den Geschäftsausschüssen und an den Knappschaffsoberversicherungsämtern ihres Amtes enthoben werden können. Inwieweit die Kommissare der Knappschaff davon Gebrauch machen, ist noch nicht vorauszufragen. Dieses Gesetz nebst Verordnung erstreckt sich auch auf die Vertreter der Arbeiter vor den Versicherungsbehörden. Hier dürfen als Bevollmächtigte und Beistände Personen mit kommunistischer Einstellung oder nichtarischer Abstammung nicht zugelassen werden. Nur in solchen Fällen, wo sie mit dem Antragsteller verheiratet oder in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie im zweiten und dritten Grade verwandt oder im zweiten Grade verschwägert sind, ist die Zulassung möglich. Auch hierbei gelten die Grundzüge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und seiner Durchführungsbestimmungen.

In dem Verfahren vor den Versorgungsbehörden können Vertreter zurückgewiesen werden, die keine Gewähr für ordnungsmäßige Geschäftsführung bieten.

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933 mit besonderer Berücksichtigung der Berufszählung.

Die letzte Volks-, Berufs- und Betriebszählung ist am 16. Juni 1925 vorgenommen worden. Durch die Entwicklung der letzten Jahre sind die Ergebnisse dieser Zählung jedoch in jeder Beziehung überholt. Es fehlen z. B. heute genaue Angaben über die Einwohnerzahlen, über die Auswirkungen des Geburtenrückgangs und der Wanderungsbewegungen auf Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung in Stadt und Land, über die Wirkungen der Krise auf den Bestand und die regionale Verteilung der Gewerbebetriebe nicht mit hinreichender Genauigkeit feststellen. Um neue zahlenmäßige Grundlagen für eine aufbauende Wirtschaft- und Sozialpolitik des Reichs, der Länder und der berufsständischen Organisationen zu gewinnen, ist von der Reichsregierung durch Gesetz vom 12. April 1933 die Durchführung einer allgemeinen Volkszählung angeordnet worden, mit der eine Berufszählung sowie eine landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung verbunden ist. Die Zählung wird am 16. Juni 1933 stattfinden.

Die Volks- und Berufszählung umfaßt die gesamte Bevölkerung des Reichs (mit Ausnahme des Saargebiets). Die Ergebnisse der beiden Erhebungen werden ein eingehendes Bild von der Größe und Zusammensetzung des deutschen Volkes sowie seiner sozialen und beruflichen Gliederung bieten. Besondere Bedeutung kommt den Ergebnissen der Berufszählung durch die Nachweisung und Aufgliederung der Arbeitslosen zu. Mit Hilfe dieser Zahlen wird man — im Zusammenhang mit den Angaben der Betriebszählung — beispielsweise feststellen können, wie weit eine Eingliederung der Erwerbslosen in das Wirtschaftsleben und in einzelne Wirtschaftszweige möglich ist.

Die beiden Betriebszählungen geben nähere Aufschlüsse über die landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe, sie zeigen uns die Größe und Gliederung des Produktions- und Verteilungsapparats der deutschen Wirtschaft.

Der Fragebogen, durch den das Material für die Volks- und Berufszählung gewonnen wird, ist die Hausliste. Bei ihrer Ausfüllung erfordert besondere Aufmerksamkeit die Beantwortung der Berufszählungsfragen auf der dritten Seite. Zunächst ist der (Haupt-) Beruf als solcher einzutragen; hier genügen nicht allgemeine Angaben, wie z. B. „Metallarbeiter“ oder „Angestellter“; die Berufstätigkeit ist vielmehr so eingehend wie möglich zu bezeichnen. Es ist also statt „Metallarbeiter“ z. B. „Metallbruder“, „Univiersalfräser“, „Horizontalbohrer“ oder die sonstige genaue Berufsbenennung einzutragen; statt „Angestellter“ z. B. „Verkäufer“, „Maschinenbuchhalter“, „Stenotypist“ oder dergleichen. Beamte und Offiziere haben ihre Dienstbezeichnung anzugeben; sofern sie sich im Ruhestand befinden, ist ein entsprechender Zusatz (i. R., a. D.) hinter die Dienstbezeichnung zu setzen. Haben sie sich jedoch einem anderen Beruf zugewandt, so ist dieser neue Beruf anzugeben. (Ein

früherer Offizier, der als Prokurist in einem kaufmännischen Unternehmen tätig ist, hat also „Prokurist“ einzuschreiben.)

Von großer Wichtigkeit ist ferner die genaue Beantwortung der Fragen nach dem Betrieb, in welchem der Beruf ausgeübt wird. Außer dem Namen des Arbeitgebers und der Adresse der Arbeitsstelle ist der Geschäftszweig (die Branche), zu dem der Betrieb gehört, anzugeben, bei Unternehmungen mit verschiedenen Geschäftszweigen außerdem auch der Geschäftszweig der Betriebsabteilung. Die Berufstatistik will nämlich nicht nur den individuellen Beruf der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen nachweisen, sondern auch darstellen, in welchem Wirtschaftszweig sie erwerbstätig sind oder waren. Man will also nicht nur erfahren, wieviel Buchhalter oder Schlosser im Deutschen Reich vorhanden sind, sondern auch, wieviel davon in den einzelnen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, der Textilindustrie, des Baugewerbes usw. beschäftigt sind oder waren. Nur auf diese Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

In den beiden nächsten Spalten haben alle Arbeitslosen sich als solche einzutragen und anzugeben, ob sie bei einem Arbeitsamt als Arbeitssuchende gemeldet sind. Hier ist besonders darauf zu achten, daß als erwerbslos nur solche Personen bezeichnet werden, die arbeitsfähig sind und auch die Absicht haben, wieder einem Erwerb nachzugehen. So dürfen z. B. Ehefrauen oder im Haushalt der Eltern lebende junge Mädchen, die früher einem Beruf nachgingen, aus ihm aber — infolge Entlassung oder aus sonstigen Gründen — ausgeschieden sind, nicht als arbeitslos eingetragen werden, wenn sie gegenwärtig nicht die Absicht haben, ihre Berufstätigkeit wieder aufzunehmen.

Unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Zählungswerkes ist die sorgsame und gewissenhafte Beantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die Erhebungspapiere nur für statistische Zusammenstellungen verwendet werden. Eine Heranziehung zu anderen, insbesondere zu steuerlichen Zwecken ist nach dem Gesetz ausgeschlossen. Darüber hinaus ist durch das Gesetz auch die Wahrung des Amtsgeheimnisses für die Angaben des einzelnen Betriebes ausdrücklich festgelegt.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist klar ersichtlich, wie wichtig und notwendig diese Berufs- und Betriebszählung gerade für die gesamte Arbeitnehmerschaft ist. Wir dürfen deshalb erwarten, daß jedes NSD.- und Gewerkschaftsmitglied zum guten Gelingen durch peinlich genaue Ausfüllung des Fragebogens beiträgt.

Besserung der Kaufkraft.

Der deutsche Lebenshaltungskostenindex betrug im April 1933 116,4. Im Januar 1932 hatte er einen Stand von 124,5 und im Dezember von 118,4. Es ist also eine nicht unwesentliche Senkung der Lebenshaltungskosten festzustellen. Da die Lebenshaltungskosten um rund 5 Prozent unter der Höhe von 1932 liegen, so hat die Kaufkraft der breiten Masse eine Zunahme um diese Prozentzahl erfahren. Da überdies bis Ende April mehr als 700 000 Menschen wieder Beschäftigung erhalten haben, ist auf von dieser Seite her eine wesentliche Steigerung der Kaufkraft eingetreten. Die Großhandelspreise zeigen eine bemerkenswerte Stabilität. Wenn die Beschäftigung noch weiter steigt und durch größere Einkommen bei Vorhandensein eines sinkenden Lebenskostenniveaus in den Verkehr fließen, so ist damit eine gute Stütze für eine gesunde Konjunkturförderung gegeben. In diesem Zusammenhang muß an die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung erinnert werden. Gelingt es dadurch, den Arbeitsmarkt wesentlich zu entlasten, so ist eine Besserung der Kaufkraft im breitesten Ausmaß zu erwarten. Daß dadurch eine aufsteigende Konjunktur eine kräftige Stütze erhält, dürfte außer Zweifel sein.

BÜCHER

Adolf Hitlers Reden. (Deutscher Volkerverlag, Dr. E. Boepfle, München 2, Paul-Henke-Straße 9.) Preis: Kartoniert 2,35 M. Leinenband 3,60 M. — In der reichen Literatur über den Volkstanzler darf das vorliegende Buch nicht fehlen. Das Werk umfaßt siebenzehn der wichtigsten, grundlegenden Reden des Führers die in den Jahren 1922 bis 1924 gehalten wurden. Die Sammlung legt sich das Ziel, mit dieser Auswahl das Wesen der Persönlichkeit Hitlers, seine Grundanschauungen und seine Ziele eindeutig zu beleuchten. Und in der Tat stellen wir mit Verblüffung fest, daß die großen Programmpunkte, die der Kanzler heute in die Wirklichkeit zu überführen im Begriffe ist, alle schon vor zehn Jahren ihm klar vor Augen standen. Mit prophetischen Blick sah er den Gang der Entwicklung; mit einem Mut ohne gleichen trat er seinerzeit den unüberwindbar scheinenden Mächten entgegen. Wir fühlen die Gewalt seiner Rede, die damals wie heute nicht das Produkt des klügelnden Verstandes ist, die nicht Pathos braucht und rednerische Kniffe, um die überwälzende Wirkung zu erzielen, die ihm das Volk zufließen ließ und die letzten Endes nötig war, um das neue Reich entstehen zu lassen. Das Buch stellt somit ein geschichtliches Dokument ersten Ranges dar. Hier sehen wir die Quellen, aus denen all das Folgende geschöpft ist. Hier spricht Adolf Hitler unmittelbar zu uns. Wir empfinden die Gewalt seiner Persönlichkeit, die Kennen zu lernen heute jedermanns Wunsch ist. Hier spricht auch die scharfe, politische Satiriker zu uns, dessen glänzende und geistvolle Ausführungen seinerzeit sogar den Staatsgerichtshof auf dem Plan riefen und die erste Fassung dieses Werkes beschlagnahmten ließ. Alle beanstandeten Stellen bringt die neue Ausgabe in Fettdruck, damit die Öffentlichkeit feststellen kann, in welcher Weise man den Nationalsozialismus mundtot machen wollte. Neben „Hitler: Mein Kampf“ gehören „Adolf Hitlers Reden“ zu den Standardwerken über den Führer und die Bewegung, deren Bertaufklärung er darstellt.

Der erste deutsche Mai. Im Verlag „Zeitgeschichte“ erschien dieser Tage „Der erste deutsche Mai“, herausgegeben von R. A. Scheninger, dem Verfasser des Romans „Der Hittlerjunge Quez“. (In Steifdeckel 50 Pf.) In diesem Bändchen sind in packenden Schilderungen und in 50 besonders gut ausgewählten Kupferdruckaufnahmen der erste deutsche Nationalfeiertag der Arbeit festgehalten worden. Es wird jedem deutschen Volksgenossen als Erinnerung an diesen größten Tag der deutschen Geschichte willkommen sein.

Unter dem neuen Titel „Jahrbuch für den Ruhrkohlenbezirk“ erschien soeben zum 31. Male das von Geh. Bergrat Dr. jur. Weidman begründete und von Dietrich und Alfred Baedeker weitergeführte frühere „Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“. Herausgeber und Neubearbeiter des Wertes ist der Verein für die bergbaulichen Interessen in Essen. Das Buch, das in Ganzleinen gebunden zum Preise von 26 M. vom Verlag Glückauf GmbH, (Essen) zu beziehen ist, umfaßt 675 Seiten. Gegenüber früheren Jahrgängen, die nur den Oberbergamtsbezirk Dortmund umfaßten, sind sämtliche Angaben, abschließend mit dem 1. Januar 1933, auf die Unternehmungen und Behörden des gesamten Ruhrbezirks ausgedehnt worden. Das in weitesten Kreisen bekannte Jahrbuch ist für alle am Bergbau Interessierten ein ebenso unentbehrliches wie erschöpfendes Nachschlagewerk, das nach jeder Richtung hin genaueste Auskunft erteilt. Die Statistik der Gewinnung und Belegschaft der Ruhrbezirk sowie ein sorgfältig bearbeiteter allgemeiner statistischer Teil über Vorräte, Produktion, Außenhandel, Verkehr und sonstige bergbauliche Gebiete machen das Werk besonders wertvoll.

Kauft weiter in den Konsumvereinen!

Der mit der Uebernahme der Konsumvereine beauftragte Leiter der Wirtschaftsbetriebe der Gesamtverbände der Arbeiter und Angestellten gibt bekannt:

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Arbeitsfront nicht Einrichtungen zerschlagen wird, die der Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit preiswerten Waren dienen. Demnach können die Konsumvereine nicht ohne weiteres aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werden, vielmehr ist es wünschenswert, daß nach wie vor bei ihnen gekauft wird und sie in ihrer auf die Versorgung der Arbeiter und Angestellten gerichteten Tätigkeit, gute und preiswerte Waren diesen Kreisen zu vermitteln, nicht gestört werden. Es muß dieses der entgegengegesetzten Auffassung verschiedener Kampfbünde des Mittelstandes gegenüber ausgesprochen werden.

Die Konsumvereine sind also bis auf weiteres nicht in ihrer Geschäftstätigkeit durch irgendwelche Maßnahmen örtlicher oder sonstiger Kreise zu hemmen; allerdings darf auch keine weitere Ausdehnung derselben stattfinden. Die großen Werte, die, aus den Spargroschen der Arbeiter stammend, in den Konsumvereinen investiert sind, verlangen eine pflegliche Behandlung, damit sie nicht verfallen.

Die Beschäftigung von Ausländern in Deutschland.

Mit Wirkung vom 1. Mai ist für die in Deutschland beschäftigten Arbeiter und Angestellten ausländischer Staatsangehörigkeit eine einheitliche Neuordnung geschaffen worden. Bis zum 30. Juni ist eine Uebergangsfrist vorgesehen. Bezüglich der Beschäftigungsgenehmigung und Arbeitserlaubnis gilt folgendes:

Jeder Arbeitgeber muß, wenn er einen Ausländer beschäftigen will, beim Vorhandensein eines Landesarbeitsamts eine Beschäftigungsgenehmigung beantragen, die nach Berücksichtigung der inländischen Arbeitsverhältnisse auf höchstens zwölf Monate erteilt wird. Der ausländische Arbeitnehmer selbst muß danach eine Arbeitserlaubnis bei seiner zuständigen Polizeibehörde beantragen; der Antrag wird ebenfalls an das Landesarbeitsamt weitergeleitet. Wird ihm stattgegeben, so erhält der Ausländer eine Arbeitskarte. Beim Wechsel der Arbeitsstelle muß eine neue Arbeitserlaubnis beschafft werden. Von diesen Bestimmungen kann eine Befreiung erteilt werden, wenn der ausländische Arbeitnehmer schon zehn Jahre in Deutschland wohnt und die Entziehung der Arbeitserlaubnis für ihn eine besondere Härte bedeuten würde. Der Antrag auf Befreiung ist ebenfalls bei der Polizeibehörde einzureichen; wird ihm stattgegeben, so wird höchstens für die Dauer von zwei Jahren ein Befreiungschein ausgestellt.

Diese neue Regelung für die Beschäftigung von Ausländern in Deutschland ist zu begrüßen. Es kann schlechterdings nicht verlangt werden, daß bei der herrschenden Arbeitslosigkeit hierzulande Ausländer in größerer Zahl Beschäftigung finden. Dies um so mehr, weil auch deutschen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit in anderen Ländern vorzuhelfen wird.

Weitere Besserung der Arbeitsmarktlage.

In der ersten Maihälfte etwa 80 000 Arbeitslose weniger. Rückgang seit Winter etwa 800 000.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 1. bis 15. Mai 1933 hat sich die Arbeitsmarktlage in der Berichtszeit weiter gebessert. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen sank um rund 80 000 auf rund 5 252 000. Sie ist somit vom winterlichen Höchstpunkt bis Mitte Mai um rund 800 000 zurückgegangen, gegenüber nur rund 454 000 im Vorjahr. Die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft kommt aber durch diese Zahlen noch nicht voll zur Geltung. So zeigen beispielsweise die vorläufigen Ergebnisse der Krankenkassenmitgliederstatistik, daß die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer vom Tiefpunkt der Beschäftigung im Februar 1933 bis Ende April um rund 1 200 000 (Vorjahr 600 000) zugenommen hat. Die erheblich größere Zunahme in der Zahl der Beschäftigten weist darauf hin, daß aus dem Kreis der von den Arbeitsämtern nicht erfaßten Arbeitslosen eine beträchtliche Zahl der Wirtschaft wieder zugewachsen ist.

Die Zahl der Notstandsarbeiter bei Maßnahmen, die aus Mitteln der Reichsanstalt gefördert werden, hat weiter zugenommen. Sie betrug Ende April rund 114 000 und wird in der ersten Maihälfte noch weiter gestiegen sein.

Verbraucher, habt Solidarität, Werktätige Raucher, wählt Qualität!

GEG

ZIGARETTEN
SMARRA, JAKA, ISIS, MILDOS

aus Euerem Konsumverein!

Stricker Chrom 33
das preiswerteste stabile Fahrrad. So egal, P. 2 oder senker, P. 29. an. Leig. an Fabrik. Keine Zwischenkosten. Katalog gratis.

E. & P. Stricker, Fahrradfabrik
Brackwede-Bielefeld 48

Oderbrucher Bett-Federn
gut und billig
z. B. weiß, daunig, sauber gereinigt von 1,75 an. Ausführliche Preisliste u. Muster gratis.
Helene Gieseler, Bettfedern-Wäscherei, Neu-Trebbin 19 (Oderbr.) Wriezener Straße 45a.

Käse billiger!
9 Pf. rote Augen 2,95
200 ganger Käse 2,95
1/2 Kilo Käse 2,95
100 ganger 2,95, ab hier G. Ramm, Kortort, Post 31

8 Jahre tuberkulös
beide Lungen u. Kehlkopf 2 Jahre lang belläufig. Stimme verloren. 14 Tage nach Beginn einer Kur im Hause konnte ich aufstehen, nach weiteren 14 Tagen schon täglich 2 Std. ausgehen. Seitdem bessert sich d. Zustand zusehends. Kann auch wieder sprechen. Gegen Rückporto gebe ich Auskunft. Das Mittel darf nur in Apotheken verkauft werden.
Wilh. Rederer, München 342, Herbartstraße 17b

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 1,60
Nr. 3 Herren-Anl. Uhrzeitm. 1,80
Nr. 4 Herren-Anl. Uhrzeitm. 2,70
Nr. 5m. Herren-Anl. Uhrzeitm. 3,50
Nr. 6 Springbedeluh. bergab. eleg. Gehäuse gutes Zeit. 4,90
Nr. 7 Damen-Anl. Uhrzeitm. 2,70
Nr. 8 Damen-Anl. Uhrzeitm. 2,70
Niedelste Nr. 0.30. Doppellette u. 0,35.
Nr. 23 Gar. M. 0.50. Kapseluh. 0,25.
Wieder. la. Uhrzeitm. 1,85
Jede Uhr hat ein 30tägiges genau reguliertes Zeit. Versand gegen Nachnahme. us an Katalog gem. gratis.
Uhrenhaus Fr. Helmecke, Braunschweig 56, Geilhof 3
Zahlungsmo. ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Drucksachen
jeder Art für Zahlstellen liefert preiswert
Verlagsgesellschaft des V.d.B.D., Bochum

Bei Kopfschmerzen, nervösen, rheumatischen, gichtischen Schmerzen hat sich Logal hervorragend bewährt. Zahlreiche Dankschreiben über Logal bei veralteten Leiden, bei denen kein anderes Mittel half. Logal ist stark hartnäckig, bakterientötend! Über 6000 Ärzte-Gutachten! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis M. 1,25.

Triumph Schraubstock
3,00
WESTFAHL WERKZEUG COMPANY ERGENSE

Anzeigen
auch die kleinsten haben den bestmöglichen Erfolg in der Bergbau-Industrie.

Blauenernis
Züring-Ritter, züring-er- aus frisch u. geizt. 2000, 10 Pf. Cimer M. 3. — ab hier. Nachnahme. Bitte in lende Nachbestellungen. Otto Ritter, Eschdalen. i. Th. 63. Blauenernis-

Der schaffende Westfale liest den

Dortmunder Generalanzeiger Rote Erde

Sauorgan der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Gau Westfalen-Süd